

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

142 (23.6.1920)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 3.60 M.; durch die Post bezogen 3.80 M., ohne Abhol- u. Bestellgebühr, monatlich. Einzelheft 20 J. Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: 7-11 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 10spaltige Kolonelle 1.— M. Die Restamegeile 3.50 M.; Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 1/29 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Verzweiflungsakte des Volkes.

In vielen Städten Teuerung-Unruhen.

Die immer in die Höhe gehenden Lebensmittelpreise haben bewirkt, daß in vielen deutschen Städten Teuerungskrawalle ausgebrochen sind. Wie die Abendblätter melden, hat sich die Lage in Osnabrück in der letzten Zeit infolge von Ausschreitungen gegen die Lebensmittelpreise verschärft. Es wurden Lebensmitteläden und Schuhwarengeschäfte von einer großen Menschenmenge ausgeraubt und die Waren zu billigen Preisen verkauft. Auch die Bäckereien in den Gastwirtschaften, in den Hotels wurden geplündert. Die Hauptgeschäftsstraßen wurden daraufhin von der aus Hannover herbeigeholten Polizei im Vereine mit der Osnabrücker Polizei und der Ortswache abgesperrt. Vor dem Gerichtshaus feuerte die Ortswache auf die Menge, die versuchte in das Gebäude einzudringen. Mehrere Personen wurden dabei verletzt. Nachts war die Ruhe wieder hergestellt.

Auch in Frankfurt a. Main und in Krefeld ereigneten sich ähnliche Krawalle. In Krefeld wurden die Warenhäuser Zieg und Worf sämtliche Waren aus allen Stockwerken aus den Fenstern auf die Straße. Auch mehrere andere große Geschäftshäuser, vor allem Schuhwarengeschäfte, wurden von der Menge geplündert. Die Schubmannschaft ist wachlos. Erst in den Abendstunden gelang es der Polizei, die Ruhe wieder herzustellen. Zahlreiche Personen sind bei den Zusammenstößen verletzt worden.

Krefeld, 22. Juni. Der durch die Minderungen angeordnete Schaden wird auf mehrere Millionen Mark geschätzt. Die städtische Lebensmittelkommission hat beschlossen, Lebensmittel in großen Mengen anzukaufen und zum Selbstkostenpreis an die Bevölkerung abzugeben. Außerdem dürfen den Markt vor 10 Uhr vormittags nicht mehr betreten. Die Stadt bietet noch immer ein bewegtes Bild. Starke belgische Patrouillen durchziehen die Straßen.

Schwere Unruhen in württembergischen Städten.

Stuttgart, 22. Juni. Um gegen die brennende Notlage der großen Masse des Volkes infolge der jüngsten Preissteigerungen im Besonderen und der herrschenden Teuerung und der Lebensmittelknappheit im allgemeinen zu demonstrieren, hatten die Vereinten Gewerkschaften für Dienstag nachmittag zu Kundgebungen in allen größeren Orten des Landes aufgerufen, die die Unabhängigen dazu benutzten, um ihre alte Forderung von der Diktatur des Proletariats aufs neue zu erheben. Während in Stuttgart und den meisten Orten die Kundgebungen ohne Unruhen verließen, kam es in Ulm und Ravensburg zu Zusammenstößen mit der Polizei beziehungsweise der Reichswehr. In Ulm wurde der Oberhauptmann am Rathaus, das von der Polizei mit Waffengewalt in Besitz genommen werden mußte, waren die Fenster eingeschlagen und das Rathaus gab ein Feuerwerk ab. Beim Sturm auf das Rathaus gab es unter der Menge Tote und Verwundete. Auch einige Polizeimannschaften wurden schon beim Ausrücken erheblich verletzt. In Ravensburg wurde das Oberamtsgebäude beträchtlich beschädigt, so daß die Reichswehr einschreiten mußte. Auch hier gab es Verluste auf Seiten der Aufständigen. Das Verlangen auf Auslieferung der Waffen der Einwohnerwehren wurde an beiden Orten abgelehnt und die Einwohnerwehren mobilisiert. In Ulm bemächtigte sich die radikalsten Elemente des Waffenschatzes der Einwohnerwehren und raubten sie vollständig aus. Der dortige Oberhauptmann verhandelt mit den Aufständigen über die Wiederausgabe der Waffen durch Vermittlung der Gewerkschaftsführer.

Die Ministerliste noch nicht fertig.

Fehrenbach vor neuen Schwierigkeiten.

Berlin, 22. Juni. Wie die Abendblätter melden, konnte die endgültige Feststellung der Ministerliste noch nicht erfolgen. Der preussische Wahlminister Stegerwald hat die Übernahme des Reichsarbeitsministeriums abgelehnt, dagegen hat General Gröner das ihm angetragene Amt des Reichsfinanzministers und Geh. Rat Simon die Übernahme der Leitung des Auswärtigen Amtes angenommen. Sowohl Geh. Rat Fehrenbach als auch Dr. Melchior haben die Übernahme des Reichswirtschaftsministeriums abgelehnt.

Unsere Stellungnahme.

Berlin, 22. Juni. Die sozialdemokratische Partei hat dem Vernehmen nach dem Parteiausschuss der Deutsch-Demokratischen Partei Kenntnis von ihrem Beschluß gegeben, einer Regierung, in der die Deutsche Volkspartei vertreten sei, ein Vertrauensvotum nicht erteilen zu können. Hierauf wird die demokratische Fraktion eine Sitzung ab, in der erklärt wird, daß unter diesen Umständen eine Regierung, die vom Vertrauen der Mehrheit des Parlaments getragen, in Spa verhandeln könne, auf der beschiedenen Grundlage nicht gebildet werden könne und man vor einer ganz neuen Situation stehe.

In den neuen Schwierigkeiten in der Kabinettsbildung

wird dem „Vorwärts“ berichtet: Gegen fünf Stimmen beschloß die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion gestern bei ihrer Abstimmung Stimmhaltung zu üben. Die Fraktion glaubt nach Erwägung aller Gegenstände nicht weiter gehen zu können, da sich die Abgabe eines Vertrauensvotums für eine Regierung, welcher Mitglieder der Deutschen Volkspartei angehören, mit ihrer Auffassung nicht vertrüge. Die Fraktion beschloß ihre Stimmhaltung so zu motivieren, daß der neuen Regierung in ihrer Stellung der Entente gegenüber in Spa keine Schwierigkeiten erwachsen. Der heutige Tag, in dem die Kabinettsbildung noch nicht abgeschlossen ist, wird als ein Tag der Schwierigkeiten bezeichnet.

Fehrenbach, das kurz vor dem Hofen auf einen gelassen ist, scheitern, oder ob die Schäden reparierbar sind. Es ist zur Stunde noch nicht festzustellen, ob die Demokraten in der Frage des Mittelbundes wirklich schon das letzte Wort gesprochen haben.

Ministerwahl in Braunschweig.

Braunschweig, 22. Juni. Die Landesversammlung wählte in ihrer heutigen Sitzung die unabhängigen Abgeordneten, Vertreter, Junke und Siemers sowie Antrick und Steinbrecher, die den Reichstagsfraktionen angehören, zu Ministern. Bei der Wahl der neuen Regierung wurden 26 wichtige Zettel abgegeben, so daß sich die Abgeordneten der Reichstagsfraktionen und ein Teil der Demokraten der Stimmabgabe enthalten haben dürfen.

Die Konferenz von Boulogne.

Boulogne, 22. Juni. Gadas. Die Konferenz hat ihre Arbeiten heute, Dienstag, um 1 Uhr nachmittags beendet. Der dritte Zusammentritt der Konferenz von Boulogne fand von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags statt. Es wurde von neuem die Frage der Wiedergutmachungsumme und deren Verteilung auf die Alliierten besprochen. Es wurde beschlossen, daß die französischen, englischen, italienischen, belgischen und serbischen Saperhäupten in Paris zusammenzutreten werden, um aus den angenommenen Grundlagen gemeinsam Vorläufe anzubereiten, welche am 2. Juli in Brüssel den Alliierten unterbreitet werden sollen, damit sie ihr Einverständnis mit der Konferenz von Spa endgültig festlegen können. Die zweite Verhandlungsfrage war die der Abrüstung Deutschlands. Die Konferenz genehmigte die von den militärischen Sachverständigen vorgelegten Texte und stimmte ihnen auch in der Frage des Eigentumsrechtes an zerstörtem Material zu. Die Nichtausführung der Klauseln des Friedensvertrages in Bezug auf die Goldlieferungen wurde von den Finanzdelegierten neuerdings vorgebracht. Auf der nächsten Konferenz in Brüssel soll nach dem Antrage der Wiedergutmachungskommission in dieser Frage Verhandlung geführt werden. Zum Schluß wurde Kenntnis genommen, daß die in London begonnene Wirtschaftsverhandlungen mit den russischen Sozialdemokraten fortgesetzt werden, daß aber deshalb von einer politischen Anerkennung der Sowjetregierung keine Rede sein könne.

Boulogne, 22. Juni. Die Delegierten der Großmächte haben beschlossen, sich in Zukunft in Berlin nicht mehr durch Geschäftsträger, sondern durch Botschafter vertreten zu lassen und zwar schon vor der Konferenz von Spa. Die Botschafter, die die Kommando am 1. Juli übernehmen sollen, sind noch nicht bestimmt. Die Konferenz von Spa bleibt vorläufig auf den 5. Juli angesetzt. Es sollen zu ihr noch neue Delegierte berufen werden. Man glaubt, daß die Konferenz von Boulogne bis heute Abend dauern wird.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Berlin, 22. Juni. Von zuständiger Stelle wird über die Herabveränderung und die Erfüllung des Friedensvertrages folgendes mitgeteilt: Eindeutiglich der Truppen in der neutralen Zone betrug die Heeresstärke am 5. Mai 218 065 Mann und am 31. Mai 200 000 Mann. Da die Konferenz in Spa über den Antrag der deutschen Regierung, dauernd ein 200 000 Mann starkes Heer halten zu dürfen, entscheiden soll, die Herabveränderung des Heeres auf 100 000 Mann aber nach dem Friedensvertrag bereits am 10. Juli durchgeführt sein soll, hat die Reichsregierung am 2. Juni um eine Verlängerung der Frist gebeten. Berlin, 22. Juni. In Erfüllung des Friedensvertrages sind die Bestände an Geschützen, Gewehren und Munition weiter vermindert worden. Die Reichstreuhandgesellschaft hat von den ihr übergebenen 1 724 000 Gewehren bisher 1 280 000 verschrotet, mit 40 500 Maschinengewehren 24 500 und von 35 000 Geschützen 10 400. Außerdem sind große Mengen Gewehren und Maschinengewehrmunition, Handgranaten, Sprengstoffe, Artilleriegeschosse vernichtet worden. Auch die Schließung sämtlicher Festungen mit Ausnahme von Pillau, Königsberg, Schweidnitz, Ulm und Küstrin, die Deutschland nach dem Friedensvertrag noch behalten darf, ist in Arbeit und dürfte nächstens beendet werden.

Paris, 22. Juni. Wie der Berichterstatter der „Information“ aus Boulogne mitteilt, ist die Frist für die Entwaffnung Deutschlands über den 10. Juli hinaus verlängert worden.

Zusammentritt des württembergischen Landtages.

Stuttgart, 22. Juni. Der neue Landtag trat heute zu seiner ersten Sitzung zusammen und wählte mit 57 von 89 abgegebenen Stimmen den Zentrumsdag. Wetterer zum Landtagspräsidenten. Zum 1. Vizepräsidenten wurde der Abg. Roth (D.) mit 78 Stimmen und zum 2. Vizepräsidenten der Abg. Keil (Soj.) mit 88 Stimmen gewählt. Die Wahl des Staatspräsidenten findet morgen statt.

Preussischer Landtag.

Berlin, 22. Juni. Die unabhängige Fraktion der preussischen Landesversammlung wird einen Antrag auf Auflösung des preussischen Parlamentes am 10. Juli einbringen. Der Verleihenauschuss wird morgen darüber Beschluß fassen, wann der Antrag auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Berlin, 22. Juni. Der Verfassungsausschuss der preussischen Landesversammlung hat die künftige Legislaturperiode gegen die sozialdemokratischen Stimmen auf vier Jahre festgelegt. Die Renovation haben bei regelmäßigem Ablauf der Wahlperiode vor Ablauf der Legislaturperiode. Die Regierung beruft den neuernannten Landtag. Auf Verlangen eines Mitgliedes der Abgeordneten muß er ebenfalls einberufen werden.

Klassenkampf und Koalition.

Von Karl Saubel.

1. Die reaktionäre Masse.

Eine Reihe Sozialisten, nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Unabhängigen in Deutschland, die Konquististen in Frankreich, betrachten es als einen Verrat an den Grundfragen des Sozialismus, als ein Aufgeben des Klassenkampfes, wenn sich eine sozialistische Partei mit einer bürgerlichen zur Bildung einer gemeinsamen Regierung koalitiert. Sie lehnen es entrüstet ab, in der Internationale mit Parteien zusammenzuwirken, die sich auf eine derartige Koalition einlassen.

Ist die Auffassung richtig? Nur davon wollen wir hier sprechen, nicht von der Frage, ob irgend eine der heute bestehenden sozialistisch-bürgerlichen Regierungen zweckmäßig ist oder nicht. Diese Frage kann für einen bestimmten Fall auch dann verneint werden, wenn man theoretisch die Zulässigkeit einer Koalitionsregierung behauptet.

Diejenigen, die jede solche Regierung von vornherein als elenden Verrat brandmarken, scheinen anzunehmen, dieser Verrat sei so offenkundig, daß er irgend eines Beweises nicht erst bedürfe. Wir ist wenigstens kein Versuch bekannt, die absolute Verwerflichkeit jeglicher Koalitionsregierung eingehend zu begründen. So viel ist wohl begnügt man sich einfach damit, auf die Prinzipien des Klassenkampfes und Klassenkampfes hinzuweisen, die ein Zusammenwirken mit dem Klassengegner ausschließen. Jede derartige Zusammenarbeit bedeute ein Aufgeben des grundlegenden Prinzips des Klassenkampfes.

Das müßte zugegeben werden, wenn die Gesellschaft ein so einfacher Organismus wäre, wie sich ihn manche Sozialisten vorstellen, für die nur zwei Klassen existieren, so daß ein Hüben und Drüben nur gilt, haben die Proletarier und drüben die Bourgeois. Aber so einfach liegt die Sache leider nicht. Die Welt der „Bourgeois“ zerfällt in zahlreiche, sehr gegensätzliche Klassen, sie führen untereinander sehr lebhaft Kämpfe und steht auch jede von ihnen im Gegensatz zum Proletariat, so ist dieser Gegensatz doch keineswegs bei allen das gleiche.

Dazu kommt, daß in der Politik die Klassen nicht direkt in den Kampf eintreten, sondern durch Vermittlung von Parteien. Eine Klasse kann in verschiedene Parteien zerfallen, die den gleichen Interessen dienen, sich aber in den Methoden unterscheiden. Andererseits kann es Parteien geben, die Teile verschiedener, einander benachbarter Klassen zu einer gemeinsamen Kampforganisation zusammenfassen.

So wird der politische Kampf ein viel komplizierterer Prozeß als etwa der gewerkschaftliche, der tatsächlich nur mit zwei Lagern zu tun hat: hier den Lohnarbeitern, dort den Unternehmern. Eine sozialistische Politik kommt nicht weit, die sich damit begnügt, zu konstatieren, daß das Proletariat zu jeder bürgerlichen Klasse und Partei in einem Gegensatz steht. Die Sozialisten müssen sich auch klar werden über die Eigenart jeder dieser Klassen und Parteien und über die Gegensätze zwischen ihnen. Und sie haben nicht nur den Kampf gegen die gesamte bürgerliche Welt zu führen, sondern auch in die Kämpfe innerhalb dieser Welt eingzugreifen und mitzubekommen, diejenigen unter ihren Gegnern zu schwächen oder zu beseitigen, die den gesellschaftlichen Aufstieg am meisten hemmen.

So hatten wir zu unterstützen die Demokraten gegenüber Aristokraten und Bürokraten, Republikaner gegenüber Monarchisten, Freihändler gegenüber Schutzöllnern, Pazifisten gegenüber Kriegstreibern, das industrielle Kapital gegenüber dem feudalen Grundbesitz usw. Wer das Proletariat abhalten will, in die Klassenkämpfe innerhalb der bürgerlichen Welt eingzugreifen, beurteilt es zur Unfähigkeit und Ohnmacht bis zu dem Zeitpunkt, in dem es die Kraft zur Alleinherrschaft erlangt hat.

Darum bekämpft Marx so entschieden das Lassalische Wort, daß dem Proletariat gegenüber alle anderen Klassen eine reaktionäre Masse seien. Diese Lassalische Auffassung liegt aber dem proletarischen Denken in seinem ursprünglichen, naiven Stadium so nahe, daß sie immer wieder überzeugte Anhänger findet, namentlich in revolutionären Zeiten, welche in den Klassenkampf Massen ungehaltener Elemente werfen.

Schon die Beteiligung an den Stichwahlen, die bei den früheren Wahlsystemen notwendig wurden, und das Eintreten für die Erwählung bürgerlicher Oppositioneller bei solchen Wahlen hat oft starken Widerspruch in Parteikreisen gefunden. Noch mehr aber war dies der Fall, wenn sich die politische Situation dezentrierte, daß die proletarische Hilfe nicht zu dem Zweck erforderlich wurde, die bürgerliche Opposition gegen eine reaktionäre Regierung zu stärken, sondern eine mehr freiheitliche bürgerliche Regierung gegenüber einer reaktionären Opposition zu führen. Das ist begreiflich. Der Staatsapparat ist so sehr auf die Unterdrückung der unteren Klassen eingerichtet, daß der Gedanke, ihn zu fördern, vielen Sozialisten unerträglich ist, selbst dann, wenn die Förderung zu dem Zweck geschieht, die Last der Unterdrückung dadurch zu mindern oder eine vergrößerte Unterdrückung abzuwehren.

Indessen haben die Marginalen, die härtesten Vertreter des Klassenkampfes, nie die Unterstützung einer bürgerlichen Regierung abgelehnt, wenn diese sich als das kleinere Übel erwies. So erklärten sich die französischen Gewerkschaften auch in ihrer unpopulärsten Zeit bereit, ein ausgeprochen radikales Ministerium zu unterstützen, das auf ihre Stimmen angewiesen war.

Dagegen fand den härtesten Widerstand die Idee des Eintritts eines sozialistischen Ministers in ein bürgerliches Ministerium.

2. Die Pariser Resolution.

Es war zuerst am Ende des vorigen Jahrhunderts, daß die Idee des sozialistischen Ministerialismus aufkam. In Frankreich war damals die Herrschaft der bürgerlichen Republikaner durch eine Rebellion von Militärs und Aristokraten bedroht. Das diese Rebellion abzuwehren und zu diesem Zwecke die republikanische Regierung zu unterstützen sei, darin waren sich alle französischen Genossen einig. Aber der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau ging um sich diese Unterstützung zu sichern, weiter als ein Ministerpräsident das ihm. Er berief einen einflussreichen Sozialisten, Millerand, ins Kabinett. Das war ein Kühner Schritt, doch wurde er in recht ungeschickter Weise unternommen. Millerand trat ins Ministerium, ohne die Zustimmung seiner Genossen eingeholt zu haben. Er machte sich für die Zeit seiner Ministerialität unabhängig von der Parteizugehörigkeit, so daß ihn bald in der Partei als Parteigenossen auf Urlaub bezeichnete. Das sollte nur der erste Schritt zur völligen Enttarnung von seiner Partei sein. Und als Vorkämpfer des Parteiministeriums den General Colliquet, den Führer der radikalen, mit den radikalen Generalen fertig zu werden, aber jeder Sozialist mußte sich gegen den Gedanken anstöhnen, eine Hand zu greifen, die sich so sehr mit Proletarierblut befeuert hatte.

Guesdisten und Anarchisten widersetzten sich daher dem Eintritt Millerands in die Regierung auf das heftigste. Ebenso lebhaft aber traten Jousses und seine Leute für Millerand ein, und die ganze Interfraktion nahm lebhaften Anteil an dem Kampfe, der die bevorstehende Zersplitterung in dem allgemeinen großen Kampfe für und wider den Revisionismus wurde. Man tritt nicht nur darum, ob der Eintritt Millerands in die Regierung unter den gegebenen Umständen notwendig und nützlich sei, sondern darum, ob der normale Weg zur Macht des Proletariats überhaupt in der Weise beschritten werden und müsse, daß ein, dann zwei und schließlich noch mehr sozialistische Minister in ein bürgerliches Ministerium einträten.

Dieses Problem bildete die Hauptfrage, die den Pariser internationalen Kongress im Jahre 1900 beschäftigte. Er sollte nicht nur feststellen, ob Millerand eintrat, sondern die Frage der Teilnahme von Sozialisten an einem bürgerlichen Ministerium überhaupt.

Die Kommission, der die Frage zugewiesen war, gab mir den Auftrag, eine Resolution zu verfassen. Sie wäre sehr einfach gewesen, wenn es sich bloß um den Fall Millerand gehandelt hätte. Dessen Vorgehen lehnte ich entschieden ab.

Aber durften wir jeden Eintritt von Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium unter allen Umständen verpöhlen? Dagegen kamen mir schwere Bedenken. Daher schlug ich folgende Resolution vor, die mit einem von Plechanow beantragten Zusatz auch angenommen wurde:

Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat kann in einem modernen kapitalistischen Staat nicht das Werk eines bloßen Handstreichs sein, sondern nur den Abschluß einer langen und mühevollen Arbeit der politischen und ökonomischen Organisation des Proletariats, seiner politischen und moralischen Regenerierung und der fortschreitenden Eroberung von Wohlleben in Gemeindevertretungen und maßgebenden Körperschaften bilden.

Aber die Eroberung der Regierungsmacht kann dort, wo sie zentralisiert ist, nicht stückweise erfolgen. Der Eintritt eines einzelnen Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium ist nicht als der normale Beginn der Eroberung der politischen Macht zu betrachten, sondern kann stets nur ein vorübergehender und ausnahmeweiser Notfall in einer Zwangslage sein.

Ob in einem gegebenen Falle eine solche Zwangslage vorliegt, das ist eine Frage der Taktik und nicht des Grundsatzes. Darüber hat der Kongress nicht zu entscheiden. Aber auf jeden Fall kann dieses gefährliche Experiment nur dann von Vorteil sein, wenn es von einer geschlossenen Parteiorganisation gebilligt wird und der sozialistische Minister der Mandatar seiner Partei ist und bleibt.

Ob der sozialistische Minister unabhängig von seiner Partei wird, wo er auftritt, der Mandatar seiner Partei zu sein, das wird sein Eintritt in das Ministerium aus einem Mittel, das Proletariat zu stärken, ein Mittel, es zu schwächen, aus einem Mittel, die Eroberung der politischen Macht zu fördern, ein Mittel, sie zu verzögern.

Den nun folgenden Schlußsatz bildete Plechanows Antrag: Der Kongress erklärt, daß ein Sozialist ein bürgerliches

Ministerium verlassen muß, wenn die organisierte Partei erklärt, daß es Parteiinteressen im ökonomischen Kampf zwischen Kapital und Arbeit entgegensteht.

Ich hielt diesen Satz für eine überflüssige Wiederholung, da ich ja bereits in meinem Text das Verbleiben des Sozialisten im Ministerium von der Zustimmung der organisierten Partei abhängig gemacht hatte, aber das war kein Grund, sich der Unterstützung dieses Grundsatzes zu widersehen.

Auf Guesde dagegen brachte eine Gegenresolution ein, die jede Teilnahme der Sozialisten an bürgerlichen Regierungen unterlag, denen gegenüber die Sozialisten auf dem Standpunkt unbeweglicher Opposition stehen bleiben müssen.

Meine Resolution wurde mit 20 gegen 9 Stimmen (jede Nation hatte 2 Stimmen) angenommen. Aufes Guesde hätte trotzdem das Recht, seine eigene Resolution selbst umzusetzen und einen bürgerlichen Ministerium beizutreten. Dagegen bin ich in der Lage, heute noch auf dem Boden der Pariser Resolution stehen zu können, den ich nie verlassen habe. (Schluß folgt.)

Politische Uebersicht.

Steuern und U. S. P.

Die Unabhängigen führen die Wohlfahrt weiter. Sie verdrängen die Arbeiter vor den Kopf. So sehen sie auch ihre Propaganda gegen die Steuerpolitik fort. Wie so oft, wirken sie gegen Geist und Gefühl der Sozialdemokratie. 27 Jahre kämpft die Sozialdemokratie für die direkten Steuern. Nun hat unsere Partei durchgesetzt, daß das indirekte Steuerwesen aus dem Reichshaushalt entfernt wird. Das indirekte Steuerwesen ist für die Finanzpolitik des Reichs, und das indirekte Steuerwesen zurücktritt hinter den direkten Steuern, daß diese indirekten Steuern abgeführt sind nach Kurzonkonsum und allgemeinen Konsum, daß sie aufhöhen, wie Kopfsteuer auf Geld und Vermögensgegenstände zu wirken. Dieser Schritt, diese Revolutionierung des Steuerwesens wurde von der U. S. P. während der Wahlbewegung verschmäht.

Auf die wichtigsten Punkte und auf den heftigsten Gegensatz spezialisiert die U. S. P. Die 10prozentigen Abzüge von Einnahmen u. Gehältern sind für sie das einzige Wesentliche, das Einzige, was sie den Arbeitern von der Steuerreform erzählen. Sie sprechen nicht von der gänzlichen Abschaffung des Einkommens, die nach der Durchführung des Reichsnotopfers, des Reichseinkommensteuergesetzes, des Erbschaftsteuergesetzes, des Kapitalertragsteuergesetzes eintreten wird. Sie tun, als ob sie selbst glauben würden, daß wenn sie an die Regierung kämen, die Arbeiter keine Steuern bezahlen würden. Sie tun so, als ob man die ungeschwollenen Köpfe des Reichshaushalts und des Reichsnotopfers durch Steuern auf die Reichen allein decken könnte. Ohne Besteuerung der Nichtbesitzenden kann Deutschland nicht ein halbes Jahr finanziell weiter bestehen.

Was man tun konnte, ist geschehen, die Progression der Verteuerung in einer Weise zum Schaden der Reichen, zum Vorteil der Armen zu gestalten, wie es in keinem Staate der Welt üblicher ist. Eine sechsprozentige Einkommensteuer der Reichen kann selbst der genialste U. S. P. Finanzminister nicht mehr verbüßeln.

Nun die zehnprozentigen Abzüge! Sie werden so dargelegt, als ob nur die Proletarier unter diese Bestimmung fallen würden. Aber der Reichspräsident, der Reichsminister und die Minister, die Generaldirektoren und die Direktoren der größten Aktiengesellschaften und der mächtigsten Handelsbetriebe müssen sich dieses Vertriebses ebenfalls gefallen lassen, wie jede Aufsichtsratsmitglied jeder Hofkammer. Die Erhebung der Steuer an der Quelle ist natürlich eine bedeutsame Siderung des Steuerertrags. Hat jemand in einer Versammlung der U. S. P. behauptet, daß bei der Kapitalertragsteuer, die zu 20 Prozent die Kapitalisten trifft, wir Sozialdemokraten den Abzug an der Steuer an der Quelle und damit die vollständige Erhebung des Steuerertrags durchsetzen, während die Unabhängigen dagegen stimmten? Warum erzählen das die U. S. P. Leute den Arbeitern nicht?

Die zehn Prozent Abzug von der Lohn- und Gehaltszahlung sollen eine große Schwächung der Arbeiterschaft sein. Der Arbeiter hat es auf das Reichsteils empfunden, daß er bisher seine Steuer in ein paar Nachschüssen zu zahlen hatte. Das ist ihm außerordentlich schwergefallen der Lebenshaltung in den Wochen, die der Steuerzahlung folgten. Geht man heute die Steuer nicht bezahlen und mühte deshalb alle Unannehmlichkeiten und alle hohen Kosten des Vertriebsverfahrens bezahlen. Zuletzt wurde ihm von dem Intercommer die Steuer doch abgezogen, aber nicht in den kleinen Beträgen, die das neue Gesetz vorsieht, sondern in viel höheren und empfind-

lichen Beträgen. Jetzt soll jeder Arbeiter statt in den bisherigen zwei bestehenden Beträgen in zweiwöchentlich Abgaben seine Steuer bezahlen. Wir sind überzeugt, daß, wenn sich dieses System eingestellt haben wird, die Arbeiter es als einen besonderen Vorfall der Gesetzgebung betrachten werden.

Die Verlogenheit und die Unwissenheit derer, die unsere Partei aus den zehnprozentigen Abzügen der Steuer einen Strich ziehen wollen, sollen die Arbeiter aus der Laune erkennen, daß dieses System in Leipzig, dem Hauptsitz der U. S. P. in zahlreichen Fabriken seit Jahren eingeführt ist und daß es von den dortigen Arbeitern als Wohlstand empfunden wird.

Zum Freispruch von Marburg.

Wie bereits kurz berichtet, wurden vor dem Kriegsericht in Marburg die sämtlichen der Ermordung von 16 Arbeitern angeklagten „gefreiwilligen“ Studenten freigesprochen. Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß die Kriegsgewalt die Klassenjustiz (Stimm) der Art treiben und daher restlos ausgeerbt werden müssen, dann hätte es nur noch dieses furchtbare Marburger Freispruchs bedürft. Es ist daher doppelt bedauerlich, daß durch die Obstruktion der Nationalversammlung und die Aufhebung der letzten Sitzung der Nationalversammlung die Aufhebung der Militärjustiz verhindert wurde. Es wird die erste Aufgabe des neuen Reichstages sein müssen, die Militärjustiz restlos zu beseitigen.

Wir erinnern kurz den Sachverhalt. Am 20. März 1920 riefte das hauptstädtliche aus Korporationsstudenten zusammengesetzte 2. Reichsregiment bataillon unter Führung des Regimentskapitän v. Selchow von Marburg nach Thüringen aus, um dort „Ruhe und Ordnung“ wiederherzustellen. Am 24. März traf das Bataillon in Erfurt ein und marschierte von dort nach dem Reichsregiment. Hier kam der Befehl, um zwei Autos eine militärische Expedition nach Bad Salzungen zu unternehmen, von einer Anzahl besetzt sei. In Bad Salzungen war alles ruhig. In der Hand einer Wirtin, die man weiß nicht von wem, zusammengestellt war, wurden 15 Arbeiter, die man weiß nicht welcher Verbrechen beschuldigt waren, festgenommen und nach Weisungen gebracht, wo sie die Nacht im Speisehaus zubrachten. Am 26. März morgens gegen 7 Uhr, trat das Bataillon den Vormarsch auf Gotha an. Die vorbestimmten „Spezialisten“, von einer Anzahl Studenten besetzt, beschloßen den Zug. Nach vor 8 Uhr wurden sie alle 15 in der Nähe Weisungen in den Studenten erschossen, teils auf der Straße, teils unmittelbar am Rand der Straße. Die Leichen blieben auf der Straße liegen.

Man muß gegenüber diesem Urteil wirklich alle Maßstäbe aufbringen, um es auch nur aus dem Willen der Richter selbst begreifen zu können. Aber keine falsche Ueberlegung, kein Verheeremollen hilft über den Berg: dieser Freispruch an den Mördern von Thal er mordet das Recht und das Rechtsgesetz des Volkes! Wenn man sich nicht dazu entschließt, die Militärgerichtsbarkeit sofort zu reformieren, wird es das Volk machen.

Soziale Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich in der Berichtwoche vom 11.-17. Juni 1920 nicht geändert, obgleich die wirtschaftlichen Verhältnisse durch den bereits allgemein eingetretenen Preisrückgang in etwas ruhigeren Bahnen zu laufen scheinen; jedenfalls ist es zum größten Teil bei den bisher vorgenommenen Betriebsänderungen geblieben, und vollständige Entlassungen und Entlassungen konnten fast ganz vermieden werden. Die Zahl der unterrichteten Erwerbslosen beträgt nach 4833 gegenüber 4955 in der Vorwoche, was unterhalb des 1919er Wertes von 5333 verbleibt.

Die Metall- und Maschinenindustrie ist für die Unterbringung von Arbeitskräften sehr ungünstig geworden, es werden nur noch vereinzelte Nacharbeiten gesucht. Die Zahl der Stellenfuchenden nimmt hier täglich zu. Durch die großen Einschränkungen in der Holzindustrie, die infolge des schlechten Geschäftsganges vorgenommen werden mußten, ist auch hier die Lage sehr ungünstig.

Durch die letzten Betriebsänderungen und Entlassungen wurden etwa 800 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen, vorübergehend werden infolge Mangels an Aufträgen noch weitere Einschränkungen folgen müssen. Erwerbslosenunterstützungen wurden in der Berichtwoche 220 048 M., in der Vorwoche 228 923 M. ausbezahlt; für Arbeitszeitverlängerung wurden nach den eingegangenen Berichten 277 080 M. verausgabt.

Väter und Söhne.

Memor von Ivan Turgenjew.

„Das beweise ich nicht!“ rief Balaroff. „Alles vermag der Mensch zu begreifen — sowohl die Schwärmereien des Metheers wie das, was auf der Sonne vor sich geht; aber daß jemand sich anders schmeuzen kann als er selbst, das zu begreifen wird er niemals fähig sein.“

„Sie finden das wichtig?“ erwiderte Paul Petrovitch in fragendem Tone und setzte sich fern in einen Winkel des Zimmers.

Nichtsdestoweniger hat er Balaroff zuwollen um die Erfahrung, bei seinen Experimenten zugegen sein zu dürfen, und einmal näherte er sogar sein sorgfältig gewaschenes und mit dem kostbarsten Aroma parfümiertes Gesicht dem Mikroskop, um ein durchsichtiges Infrarotstrahlenspektrum eines Stäubchens veranschaulichen zu sehen, das es zuvor mit gewissen sehr feinen Ansätzen, die sich in seinem Schlund befanden, rasch hin und her drehte.

Nikolans Petrovitch befeuerte Balaroff viel häufiger in seinem Arbeitszimmer als sein Bruder, und er würde tatsächlich gekommen sein, um „seine Stunde zu nehmen“, wie er sich ausdrückte, wenn die häuslichen Sorgen ihn nicht anderwärts gerufen hätten. Er inkonsequente den jungen Naturforscher nicht im mindesten: in einem Winkel des Zimmers stand solate er aufmerksam allen Experimenten und erlaubte sich nur von Zeit zu Zeit eine bescheidene Frage. Während des Mittag- und Nachmittags ludte er stets das Gespräch auf Physik, Geologie oder Chemie zu bringen, da alle andern Gegenstände, selbst die Landwirtschaft — von der Politik gar nicht zu reden — wenn auch nicht zu Streit, so doch zu unangenehmen Erörterungen führen konnten. Nikolans Petrovitch vermutete, daß jenes Bruders Abneigung gegen Balaroff sich durchaus nicht gemindert hatte. Ein unbedeutender Umstand sollte ihn in seiner Vermutung bestärken.

In der Nachbarschaft zeigte sich hin und wieder die Cholera und selbst zu Marino hatte sie sich zwei Opfer geholt. Eines Nachts bekam Paul Petrovitch einen ziemlich

heftigen Anfall. Er hielt bis zum Morgen aus, ohne zu Balaroffs Wissenschaft seine Zuflucht zu nehmen. Als dieser ihn am folgenden Tage sah und fragte, warum er ihn nicht habe rufen lassen, antwortete er — noch ganz blaß, aber bereits förmlich trübsinnig und rasiert: — „Wenn ich mich recht erinnere, haben Sie doch selbst gesagt, Sie glaubten nicht an Medizin.“

So schwanden die Tage hin.

Balaroff fuhr fort ernst und unverdrossen zu arbeiten. Doch gab es ein Weilen im Hause, dem er zwar seine Seele nicht öffnete, mit dem er sich jedoch aern unterhielt. . . .

Dieses Weilen war Kenitschka.

Er traf sie in der Regel früh morgens im Garten oder im Hofe. Ihr Zimmer betrat er nie, und auch sie näherte sich seiner Tür nur ein einziges Mal — um ihn zu fragen, ob sie gut daran tun würde, Miska zu baden. Sie hatte nicht nur volles Vertrauen zu ihm, sie empfand nicht nur keine Furcht vor ihm, sie schloß sich sogar in seiner Gegenwart freier und ungeschwämmer als bei Nikolans Petrovitch. Es würde schwer sein zu sagen, woher das kam: vielleicht daher, weil sie unbenutzt fühlte, daß Balaroff durchaus nicht aristokratisches, nicht von seiner vornehmen Erhabenheit an sich hatte, die jenseits der Welt und abseits der. In ihren Augen war er ein ausgereicherter Doktor und ein großer Mensch. Seine Gegenwart hinderte sie nicht, sich mit ihrem Kind zu beschäftigen, und als sie eines Tages plötzlich Kopfweh und einen Anfall von Schwindel bekam, nahm sie aus seinen Händen einen Kessel voll Medizin an. Der Nikolans Petrovitch bescham sie sich gegen Balaroff, weil weniger vertrautlich — nicht aus Verachtung, sondern aus tragend einem unbewußten Anstandesgefühl.

Paul Petrovitch fürchtete sie mehr denn je. Seit einiger Zeit schien er sie auszuforschenden: als wäre er aus der Erde gewachsen, tauchte er unerblicklich hinter ihrem Rücken auf in seinem erregten Anzuge, mit dem unbeweglichen Gesicht, den durchdringenden Augen und den Händen in den Hosentaschen.

„Er macht einen schaudern.“ flachte Kenitschka gegen Dunjacha, aber diese beugte sich damit, statt jeder Antwort zu setzen, denn sie dachte an einen andern „Gefühl-

losen“. Es war Balaroff, der, ohne es selbst zu ahnen, „der grausame Tyrann“ ihres Herzens geworden war.

Wenn Balaroff Kenitschka ansah, so blieb dies Gefühl keineswegs unverändert. Wenn er mit ihr sprach, veränderte sich sein Gesicht: es nahm einen heitern, fast sanften Ausdruck an, und in sein gewöhnliches Sichgehenlassen mischte sich eine gewisse höfliche Zurückkommenheit. Kenitschka wurde mit jedem Tage schöner. Es gibt für die jungen Frauen eine Zeit, wo sie plötzlich anfangen sich zu entfalten und zu blühen wie Sommerrosen: diese Zeit war für Kenitschka gekommen. Alles trug dazu bei, sogar die Züchtigkeit, in welcher man sich damals gerade befand. In ein leichtes weiches Kleid gehüllt, schien sie selbst noch leichter und weicher: die Sonne brännte sie nicht, und die Hitze, vor welcher sie sich nicht zu schützen vermochte, übergoß ihre Wangen und Ohren mit einer leichten Röte, breitete über ihr ganzes Wesen eine sanfte Trägheit und ließ ihren schönen Augen etwas von der Mattigkeit des Halbchlummers. Sie vermochte fast gar nicht mehr zu arbeiten: die Hände sanken ihr beständig in den Schoß. Sie war kaum imstande zu gehen, und hörte nicht auf sich mit komischer Kraftlosigkeit zu beklagen.

„Du solltest öfter baden.“ sagte Nikolans Petrovitch zu ihr.

Er hatte zu diesem Zwecke über dem einen der Weiber, der noch nicht ganz ansaetrofnet war, ein großes mit einem leinenen Tuch überzogenes Badewelt errichten lassen.

„Ach, Nikolans Petrovitch, es ist den Weiber erreicht, wäre ich tot, oder ich blühte auf dem Mittelwege. Sie wissen, es ist ja kein Schatten im Garten.“

„Das ist wahr, der Weg zum Bette ist ganz schattlos.“ antwortete Nikolans Petrovitch und rieb sich die Stirn.

Als eines Morgens Balaroff gegen sieben Uhr von einem Spaziergange zurückkehrte, fand er Kenitschka in der Lieberlaube, die schon längst verblüht aber noch dicht und grün war. Sie lag auf der Bank, den Kopf wie gewöhnlich mit einem weichen Tuche umwunden. Neben ihr lag ein ganzer Haufen roter und weißer Rosen, die noch ganz mit frischem Tau bedeckt waren. Er artikete sie.

(Fortsetzung folgt.)

Badischer Landtag.

Unterrichtsdebatte

St. Karlsruhe, 22. Juni.
52. öffentliche Sitzung

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 8.50 Uhr.
Auf eine kurze Anfrage des Abg. Karl (D.M.) bezüglich Ausführung von Kalkstrahl durch die Firma Morgenroth teilt Regierungsrat Pfisterer mit, daß zur Tilgung von Schulden die Ausführung gestattet werden sei, da mitgeteilt worden, es sei genügend Vorkat da; nachdem nun hierin eine Aenderung eingetreten ist, ist die badische Regierung zur Zurücknahme der Ausführungsbewilligung vorstellig geworden.

Abg. Stöckinger (Soz.) berichtet namens des Haushaltsausschusses über den

Etat des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

schon er nicht bereits beraten und genehmigt ist. Unter allen Umständen muß, wie in der Kommission betont wurde, die Selbstständigkeit der Universitäten und der Landesoberverwaltung gegenüber dem Reich aufrecht erhalten bleiben. Angeregt wurde die Schaffung einer ordentlichen Professur für Steuerrecht und Börsenrecht. Der sozialdemokratische Antrag, bei den Immatrikulationen an den Hochschulen auf die republikanische Staatsverfassung hinzuweisen, wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt, da sie glauben, daß ein Zwang hier nicht erreicht und sich die Studenten erst allmählich in den neuen Staat hineinleben würden; in einer Enkeltatung lehnte das Rektorat der Freiburger Universität es ab, im Sinne des sozialdemokratischen Antrags zu wirken. Durch den Mangel an Heizmaterial erfährt der Unterrichtsbetrieb aller Schulen empfindliche Störungen. Des längeren wurde in der Kommission der Fall kurz besprochen. Auf neue Verlangt wurde die Verstaatlichung der Haushaltungsschulen und zwar muß dieses Verlangen energisch gefördert werden. Für die körperliche Erziehung der Jugend sind für später weitzere größere Beträge gewünscht worden. Betont wurde, daß Sparmaßregeln die Trennung von freier Kunst und Kunstgewerbe nicht dauernd aufrecht erhalten werden kann und deshalb eine Verbindung der Lehrkräfte für bildende Kunst und Kunstgewerbe in die Wege geleitet. Große Sorgen macht das Defizit des Karlsruher Landestheaters; ein Vertreter des Zentrums meinte, man sollte mit der ganzen Geschichte Schluß machen. Demgegenüber ist zu sagen, wie soll man es beantworten, eine urale Kunststätte mit einem Festertrag zu betreiben. Man hofft durch Verziehung der Längeren und durch den Theaterkulturverband flüchtig zu wirken. Für die Theaterposition stimmen die Sozialdemokraten und die Demokraten, dagegen zwei Mitglieder des Zentrums. In dem Betrag, der bis 1924 läuft, wird also nichts geändert. Der Haushaltsauschuss beantragt Genehmigung der vorgeschlagenen Positionen des Etats des Ministeriums des Kultus und Unterrichts. Die Interpellationen Marum und Mayer-Karlsruhe, über die Eingriffe an der Technischen Hochschule, die bereits im März behandelt wurden, sind durch die damalige Aussprache als erledigt zu betrachten.

Abg. Dr. Königsberger (Soz.):

begündet den sozialdemokratischen Antrag, daß die Studierenden der drei Hochschulen bei jeder Immatrikulation auf die republikanische Verfassung hingewiesen werden und daß die Hochschulen ermahnt, daß die Studierenden in Reden und Vorträgen die Grundsätze der Verfassung zeigen. Nachdem an den Universitäten nicht der Jahrestag der Verfassung gefeiert wird, ist dieser Antrag sehr zweckmäßig. Viele akademischen Kreise, die nach der Revolution umfassen, wollen jetzt von der Republik wenig mehr wissen — sie hat ja auch keine Orden und Titel zu vergeben. (Heiterkeit.) Nachdem die Studenten, die im Kriege Offiziere waren, viele Vorrechte verloren haben, schenken sie dies der Republik zu. Die Gewinnung mancher Studentenreise beleuchtet der hohen verhandelte Nordprozeß in Ahalas. Eine republikanische Unterweisung wäre daher sehr angebracht. Mit offizieller Nachhilfe wird in Freiburger Universitätsorganen deutschnationale Politik getrieben, was der Mehrheit des Volkes widerspricht. Diefelbe Lösung, die die Dozenten früher gegenüber der Monarchie verlangten, ist jetzt gegenüber der Republik zu verlangen, ohne daß ein Zwang auf die Gewinnung ausgeübt werden soll. Unsere Partei tritt in jeder Hinsicht für alle Studenten ein, die sich in einer Kollage befinden und wir machen eine Reihe praktischer Vorschläge für die Universitäten. Wir wünschen also eine Milderung der Gegensätze von Volk und Universität.

Abg. Dr. Göttsch (Dem.): Der Antrag Königsberger vertritt nicht viel Kenntnis der Psychologie der Studenten. Man sollte ihnen ihre Freiheit lassen, soweit sie nicht Mißbrauch damit treiben. Die Studenten sind heute viel mehr als früher

geneigt, sich mit Anderdenkenden auseinanderzusetzen. Die Studenten würden bei Annahme des Antrages sagen: „Geschlecht!“, deshalb wollen wir uns die Annahme des Antrages schenken. Medner begründet seine Interpellation über die wirtschaftliche Notlage der minderbemittelten Dozenten und Studierenden. Angesichts der teuren Bücherpreise geminnen die Forderungen für die Seminare und für die Universitätsbibliothek erhöhte Bedeutung. Bei den mensa academica ist für die unterbezahlten Dozenten ein Dozentenzimmer notwendig, da gerade die unbemittelten Dozenten sich in sehr schwierigen Verhältnissen befinden. Es sind deshalb auch Zuschüsse an die Dozenten angedacht. Doch sollten diese nicht zu einer händigen Einrichtung werden. Denn auf dem Gebiete des geistigen Lebens muß der freie Wettbewerb herrschen. Die Bänke der Heidelberger Universität lassen viel zu wünschen übrig.

Unterrichtsminister Dummel will gleich eine Reihe Fragen behandeln, die in der nach folgenden Generaldebatte zu behandeln sind. Zum Fall Kunz ist festzustellen, daß die Niederlegung des Religionsunterrichts in keinem Zusammenhang mit dem Disziplinärverfahren steht. Wenn man die Studenten auf dem Boden der jetzigen Staatsauffassung bringen will, so ist der Antrag Königsberger hierzu ungeeignet. Die nächste Arbeit der Republik gibt der akademischen Jugend wenig Ursache zur Begeisterung. Die Verbindung von Republik und akademischer Jugend schaffen wir am besten durch aufbauende Arbeit. Ich bitte deshalb, dem Antrag Königsberger nicht zuzustimmen. Zwecks einer gewissen Behebung der Notlage der Studenten erwidert man in Freiburg eine mensa academica, an der 1200 Studenten zweimal am Tage zusammen für 5 Pfennig speisen können. Wir hoffen auch für Heidelberg eine entsprechende Einrichtung schaffen zu können. Zur Behebung der Büchernotlage ist eine große Aktion von Reichs eingeleitet; denn die hohen Bücherpreise sind eine Gefahr für die Wissenschaft. Hier muß deshalb mit großen Mitteln eingegriffen werden. Die Privatdozenten werden immer eine schwierige Frage bleiben, da die Dozenten nie selbstbesetzte Beamte werden können, ohne daß die Wissenschaft und die akademische Freiheit leidet. Dagegen werden wir eine Verrechnung der Lehraufträge durchführen und die Honorare für Lehraufträge erhöhen.

Abg. Strauß (Ztr.) weist darauf hin, daß Krieg und Revolution auch einen Verlust an materiellen Gütern brachte. Kirche und Staat, Gemeinde und Schulen sollten zusammengehen. Die Besetzung der Lehrkräfte in der badischen Verfassung erregte vielorts Mißstimmung. Die Art und Weise, wie auf der Reichsschulkonferenz getagt wurde, bedauern wir. Welche Stellung nahm die badische Regierung aus der Reichsschulkonferenz ein und welche Folgerungen zieht sie aus ihr? Die Religion darf nicht noch weiter zurückgedrängt werden. Stärkend auf den Charakter wirkt auch die humanistische Bildung. Die Verjüngung der Lehrkräfte für die Hochschulen kann nur Sache der Regierung sein, im Benehmen mit den Fakultäten. Die Regierung trägt jedoch die Verantwortung vor dem Landtag. Bei den damaligen Verträgen der Technischen Hochschule spielten gewisse Inzidenzen eine Rolle, die den Antisemitismus eskalieren lassen. Wir bedauern die Vorgänge. Der Antisemitismus besteht und er hat durch die Vorgänge im Kriege Nahrung bekommen; man darf ihn jedoch nicht in der Weise wie Abg. Kraus und Abg. Marum abtun. Wir lehnen den Antisemitismus ab; aber wir können uns nicht der Auffassung des Abg. Kraus anschließen. Es ist nicht richtig, daß die jüdische Philosophie dahinsinken sollte, die deutsche Philosophie wackelt. Wir lehnen den Dichter Heine ab und machen Front gegen jüdische Auswüchse. Man sollte auf jüdischer Seite mehr Zurückhaltung üben wie im Februar auch der „Volkstempel“ und die „Frankfurter Zeitung“ meinte. Dagegen ist die Haltung der „Süddeutschen Zeitung“ zu beurteilen. Wir bedauern aber die damalige Haltung des „Volkstempel“ und halten die damalige Rede des Abg. Kraus politisch und philosophisch für wenig geschickt. Wir weisen jeden Eingriff in das Berufungsrecht zurück, verlangen jedoch das Koalitions- und Versammlungsrecht für die Studenten. Den Antrag Königsberger über die Verletzung der Studenten bei der Immatrikulation halten wir für ungewinnlich. In den begüterten Kreisen sollte wieder das christliche Gewissen geweckt werden wodurch auch die Notlage der Universitäten gemildert würde. Die Steigerung der Kosten für Künstler am Landestheater durch Verkürzung des Orchesters ist durch nichts gerechtfertigt; bis auf diesen Voten stimmen wir dem Budget zu.

Eingegangen ist ein Antrag des Zentrums, die 130 000 M für Einstellung weiterer Kräfte am Orchester des Landestheaters zu freisetzen.

Abg. Dr. Kraus (Soz.):

Eingangs möchte ich feststellen, daß wir ganz und gar keine Gegnerin der Universitäten sind. Eine Partei, die von Marx her auf dem Boden der Wissenschaft steht muß der Wissenschaft freundlich gegenüberstehen. Das darf uns jedoch nicht hindern,

Mißstände zu rügen, die sich besonders im Geiste der Universitäten zeigen. Wenn man das Treiben der Studenten sieht, so kommt man zu der Ansicht, daß sie etwas ernstlicher genommen werden wollen als sie Abg. Göttsch nimmt, indem er ihre Tun als Scherz aufnimmt. Es handelt sich bei den Universitäten um eine Institution, die mit den Mitteln des Volkes betrieben wird und die nicht in Widerspruch mit dem neuen demokratischen Staat stehen darf. Wir können daher von den Studenten Achtung vor dem neuen Staat verlangen, was eigentlich selbstverständlich sein sollte. Wir schreiben keine Gesinnung vor. Mag ein Student nun kommunistisch oder deutschnational sein, das hat mit dem Antrag nichts zu tun. Was wir wollen, ist nur, daß der Republik Achtung entgegengebracht wird. Die akademischen Mitteilungsblätter dienen dazu, um Politik gegen die Sozialdemokratie zu machen; diese Mitteilungen sollten inneren Studentenfragen dienen. Wenn in diesen akademischen Mitteilungen gegen den Unterrichtsminister polemisiert wird, dann sind nicht wir diejenigen, die die Autorität untergraben. Gegenüber dem Mitteilungsblatt ist festzustellen, daß der badische Staat für die Universitäten tat was er konnte. Wir können nichts dafür, daß wir die Konturmasse des Reiches nach dem Kriege übernehmen mußten. Es ist daran zu erinnern, daß der frühere Staat für den Militäretat das Zweifache ausgab als für den Kulturetat. Der Staat hat das Recht, eine gewisse Aufsicht über die Institutionen auszuüben, die vom Gelde des Volkes bestehen. Wenn die Universitäten private Forschungsstätten wären, dann könnten Lehrer und Schüler machen, was sie wollen. Die Dinge liegen jedoch anders. Was ich seiner Zeit zu den Vorgesetzten an der Technischen Hochschule sagte, halte ich aufrecht. Ich muß sagen, daß ich nicht nur bei den Forschungen über die neue Zeit, sondern auch bei früheren Jahrhunderten auf bedeutende jüdische Philosophen gestoßen bin; sozial Gerechtigkeit muß man haben. Denn unter Antisemitismus ist nicht nur von germanischen Geist beeinflusst worden, wie festgestellt werden muß. Es war ein Fehler, daß die Geistesarbeiter nicht von jeder gemeinsam mit den Handarbeitern zusammengearbeitet haben. Wenn heute die Geistesarbeiter in wirtschaftlicher Notlage sind, so ist daran doch nicht die Sozialdemokratie schuld.

Für Heidelberg ist wie für Freiburg die Einrichtung eines mensa academica nötig. Aus den Beiträgen der bemittelten Studenten oder deren Eltern sollten Mittel für die Seminare und Bibliotheken gewonnen werden. Wenn ich auch ein Freund des Gymnasiums bin, so ist doch nicht ohne weiteres zu entscheiden, ob es erhalten zu werden braucht. Denn man kann sich eine produktivere Einrichtung als das neunjährige Gymnasium denken. Dringend notwendig ist eine Umgestaltung unserer Geschichtsbücher. Ich möchte nicht so hochhaft sein, das neue Frage- und Antwortspiel in der „Süddeutschen Zeitung“ als Lehrbuch über den Krieg für die Schulen nach deutschnationalem System in späterer Zeit vorzuschlagen. (Abg. Mayer-Karlsruhe: Abwarten!) Das Lehrbuch der Geschichte von Rühle stellt die Ursachen und die Entwicklung des Weltkrieges objektiv dar. Unsere Geschichtsbildung muß auf eine andere Grundlage gestellt werden. Eine völlig falsche Darstellung der Revolution gibt das Geschichtsbuch von Professor Dr. Robert Goldschmidt, das die Revolution herabsetzt und das Sozialistengesetz verteidigt. Die Erziehung, die ihre Moral auf das Kaiserturn aufbaute, mußte zusammenbrechen. Deshalb brauchen wir eine andere Erziehung. (Beifall bei der Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Königsberger (Soz.) stellt in persönlicher Bemerkung fest, daß er die Nichtverleihung von Orden nur als ein selbstläufiges Moment für die Ansichten der Professoren bezeichnet. Man kann, wie sich insbesondere bei den Religionen zeigt, sehr wohl Achtung vor etwas haben, ohne sich dazu zu bekennen.

Abg. Strauß (Zentr.) erklärt, nichts zurücknehmen zu müssen.

Eingegangen ist ein Antrag des Abg. Rausch (Soz.) und Genossen, die Renten der Invalidenversicherung, besonders die Alters- und Waisenrenten, wesentlich zu erhöhen.

Nächste Sitzung: Mittwoch früh 1/2 9 Uhr. Tagesordnung: Unterrichtsministerium. — Schluß der Sitzung: 7.15 Uhr.

Gerichtszeitung.

Die Mannheimer Bahndiebstähle. Im Samstag hatte die Strafkammer wieder gegen 23 Eisenbahner wegen der Diebstähle auf dem Mangertbahnhof zu verhandeln. Die Leute hatten Mehl, Öl, Speck, Zucker, Zigarren, Champagner und anderes gestohlen. Der Angeklagte Witefsch erhielt die höchste Strafe mit 11 Monaten Gefängnis, der Angeklagte Mangere 9 Monate und der Angeklagte Volz 6 Monate, der Angeklagte Engelhardt, der bereits in den früheren Verhandlungen mehrfach verurteilt wurde, erhielt diesmal eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten 2 Wochen.

Das Johannis- und Sonnenwendfeuer.

(Alte und neue Gebräuche zur Sommerjohanniswend.)
Von Hans Kunge. (Nachdr. verb.)

In vorchristlicher Zeit war das Sonnenwendfest mit seinem Flammen- und Opferdienst wohl das höchste Fest der alten Germanen. Mit großem Pomp und reichster Ausstattung verschiedenartiger Festgebräuche wurde der heilige Tag begangen. Wohl keine germanische Sitte hat sich bis in unsere Tage so allgemein erhalten; ihr Fortbestand liegt im Weien des Volkes begründet. Nach Einführung des Christentums bestanden zum Leidwesen der Einführer der neuen Lehre die alten Gebräuche ungeschwächt fort; als nun die christlichen Missionare einsetzten, daß mit dem alten, unauflöslich fortlebenden, liebgewonnenen Gebräuchen doch nicht zu brechen sei, schufen sie auf Anraten des heiligen Augustinus den Johannisstag, Aug an das Geburtsfest Johannis des Täufers anknüpfend (24. Juni). In Bruchstücken sei aus einer Zeit des heiligen Ägyptus, die sich scharf gegen germanische Bräuche und germanischen Glauben richtete, mitgeteilt:

... Kein Christ soll an Feueranzügen glauben und sich auf den Fingern des Daumes setzen, denn das ist alles Teufelswerk. Und am Johannisfest oder am Feste irgendeines anderen Heiligen soll niemand Sonnenwend begehren oder Känge und Krüge unter teuflischem Gesange aufstellen. Niemand soll den Namen des Wotan, der Frigga, der Oskara oder des Genius anrufen oder an solche lächerlichen Dinge glauben. Kein Christ soll an alten heiligen Stätten oder an Felsen und an Quellen und unter Bäumen oder in einem Oag oder auf Dreiwegen Lichter anzünden und hierbei Gelübde verrichten. Auch soll niemand Kräuterzauber treiben und Reinigungsopfer veranstalten oder seinen Rauch durch einen hohen Baum oder durch ein Erdloch hindurchgehen lassen, denn dadurch weicht er s) allein dem Teufel. —

Nach alten Heberlieferungen wurde der Holzstoß, der am Tage der Sommerjohanniswend auf Berggipfen und heiligen Opferstätten aufgetürmt wurde, nicht von einer Fackel die durch Herdesglut entzündet war, entzündet, sondern das lodernde Element wurde mühsam, unter feierlichem Schweigen, aus zwei einander gegenüberliegenden Hölzern hervorgeholt. Dieser Brauch hat sich bis zum heutigen Tage in Ostpreußen, in dem an Sondergebräuchen reichen Masurlande erhalten; die Erneuerung der Herdesglut. Ein trockener Eisenpfahl wird in sandige Erde

gerammt und so lange schnell gedreht, bis er sich entzündet. Die zuvor verloschenen Herdesglut werden alsdann mit der frischen Glut aufs neue entzündet. Wehe, wenn dieses Feuer durch Unachtsamkeit vor Viehstrecke des Johannisfestes verloschen würde! Krähel, Krankeheit und Not ja schwerer Kriegergehirnen wären sichere Folgeerscheinungen, und Nachbarn würden das betroffene Haus mit seinen nachlässigen Bewohnern meiden. —

Im frühen Mittelalter war der Brauch des Entfachens von Opferfeuern zur Zeit der Sommerjohanniswend in deutschen Gauen, trotz lauträtigstem Widerstand des Klerus, noch allgemein üblich. Aber Tier- oder gar Menschenopfer, die die Germanen an solchen Tagen dem Wotan darbrachten, gehörten längst der Vergangenheit an. Nur sogenannte Trankeopfer blieben lange bestehen.

Zu der Zeit, wo starke Hagelschauer oder Angewitter der bevorstehenden Ernte Schäden bringen konnten, wurden Johannis-Rat- und Schutzfeuer entzündet. Alte Krongarden, die noch vom Jahre zuvor vorhanden waren, wurden geopfert und alles Vieh durch das berglammende Feuer getrieben. Hier trieb man, zum größten Gaudium der Jugend, die Schweine durch die Glut, dann das Muddiehl; schließlich folgten die sich heftig sträubenden und aufbaumenden Pferde, die in kurzem Galopp durch die Feuerreize geritten wurden. Mancher Reiter und viel Gatter hat dabei üble Brandwunden davongetragen. —

Im Salzburgerischen hüpfen die Teilnehmer am Johannisfeuer noch heute neumal hintereinander durch die verloschenen Glut.

In einigen Gegenden wird das Johannisfeuer vor Eintritt des jungen Morgens, also um Mitternacht, verloscht. Kein Fünflin darf dann mehr glimmen, anderenfalls Hexen und böse Geister, ja selbst der Teufel in eigener Person darüberreiten, ihre Holzheute entzünden und damit das Vieh in den Ställen verbrennen, so daß es an Seuchen und anderen Krankheiten dahinstirbt. —

In Ries bei Passau an der Donau springen alle Teilnehmer am Johannisfeuer ebenfalls durch die erlöschende Glut. Hier, am bayerischen Wald, spiegeln sich alljährlich unzählige Hohenfeuer in der Donau; ein prächtiger, erhebender Anblick! Dabei kann man sich in graue Korsetts zurückwerfen, als von dem Herz- und Fichtelgebirge von jeder Höhe heilige Lohge gen Himmel gungelte, andächtig bestaunt und umjubelt von unjenseit opfernden und dem Rete gupprechenden Altvordern. — Am

längsten sollen sich übrigens heidnisch-germanische Sonnenwendfestgebräuche bei Dürkheim erhalten haben. Brandbienenfahl und Brandbienenhöhle bezeichnen die Opferstätten noch heute. —

Am Johannisabend findet in Kärnten und in Oberbayern das sogenannte „Scheibentreiben“ statt. Runde Holzstücke, die in der Mitte durchlöchert sind, werden auf einen Stock gesteckt, im Feuer zu Rotgut gebracht und dann an Bäumen oder Felsenvorsprüngen abgehängt, so daß sie in weitem Bogen, leuchtend gleich Meteoriten, zu Tale fliegen. In deutschen Gauen in denen Weiband betrieben wird, läßt man gleichfalls den Brauch des „Scheibentreibens“. Je weiter die Glutstücke fliegen, je prächtiger sie glimmen, umso reicher und gesegnetes fällt dann die kommende Weinernte aus. —

In Tirol feiert man das Fest der „Scheibentreibe“. Dort wird auch an manchen Orten eine Strohpuppe, „der Judas“, verbrannt. Diese Verbrennung trat wohl im frühen Mittelalter an die Stelle der üblichen Opfer früherer germanischer Zeit. —

Bei den Sonnenfestgebräuchen entwickelten sich in einzelnen Gegenden mannigfache Gebräuche; namentlich der Tanz spielt eine große Rolle. In einer alten Chronik wird berichtet, daß in Augsburg im Jahre 1497 auf dem Markte sogar Kaiser Maximilian mit seinem Sohne Philipp und der schönen Bürgerstochter Susanne Reithardt den Volksreigen um das lodernde Feuer eröffnet habe, das die Jungfrau Susanne in Brand gebracht habe. — In Nordfriesland tanzten Seeleute und Fischer mit ihrem weiblichen Anhang um große Feuer, die dort „Wiken“ genannt werden. — In süddeutschen Gebirgsländern langt man, nachdem zuvor Liebespaare ihr Verhältnis verkündeten, nach eigenartiger Rhythmus (St. Johannisstänze, auch Weidstänze genannt), die Jungburschen singen dann mit ihren Bräuten folgendes:

„Interm Kopf und überm Kopf
Zu ich mein Hütel schwenken;
Wädel, wenn d' mich gern hast,
Mußt mit durchs Feuer springen!“

In Illerberg bei Weihenhorn in Schwaben findet das sogenannte Himmelfeuerbrennen an drei Sonntagen vor und nach St. Veit statt. Die Dorfjungen ziehen dann von Gehöft zu Gehöft und vollführen ohrenbetäubenden Lärm. Mit folgendem Spruch werden die herauskommenden Hausbewohner begrüßt:

Badische Politik.

Die bedrängten Nebenbahnen.

Am Dienstag nachmittag beschloß der Haushaltsausschuß des Landtags nach einer eingehenden Darlegung des Finanzministers Köhler, die Fortführung der finanziell bedrängten Nebenbahnen vorläufig vom 1. Juli bis 30. September 1920 durch Gewährung von Voranschlägen zu ermöglichen, falls die Geschäftsleitungen der betreffenden Bahnen eine Basis finden, auf der sich weitere Verhandlungen führen lassen. Man hätte bei Einstellung des Betriebes auch mit Arbeitslosigkeit von Angestellten und Arbeitern zu rechnen; bei der C.G.B. kämen allein etwa 600 Personen in Frage. Das muß verhütet werden.

Auf der andern Seite ist natürlich den Betriebsleitungen nahe zu legen, alles aufzuwenden, um die Fortführung der Nebenbahnen auch über den 1. Oktober hinaus zu sichern.

Zur Vereinigung von Baden und Württemberg.

Die Erörterungen über die Frage der Vereinigung von Baden und Württemberg, und im weiteren Ausmaße mit Hohenzollern, Hessen und der Pfalz, wie sie in der vergangenen Woche im badischen Landtag bei Besprechung des Voranschlags für das Finanzministerium erfolgt sind, haben in Württemberg lebhafteste Aufmerksamkeit erregt. Das Stuttgarter „Neue Tagblatt“ bemerkt dazu, daß diese Frage, trotzdem sich Wirtschaftspolitiker, die Handelsorganisationen und die Industrie für eine Förderung der Angelegenheit eingesetzt haben, über den Zustand der rein theoretischen Erwägung nicht hinausgekommen ist. Der Eifer, mit dem die Sache betrieben worden sei, habe in Baden ein gewisses Mißtrauen hervorgeufen, da man Württemberg, wie das Blatt betont, ganz mit Unrecht, Absichten unterlegt, die auf eine „Annerktion“ Badens hinauslaufen sollten. Solche Annerktionabsichten hätten in Württemberg schon aus dem Grunde nicht bestehen können, da der Plan einer badisch-württembergischen Zusammenlegung durch die auch von württembergischer Seite gewünschte Einbeziehung nicht nur von Hohenzollern, sondern auch von Hessen und der bayerischen Pfalz auf eine breitere Grundlage gestellt und somit den Charakter der Begründung eines süddeutschen Großstaates angenommen hätte. Unter Hinweis auf die nahe Verwirklichung des Neckar-Donau-Kanals, die Entwicklung der Finanzen in den einzelnen Ländern und auf die politischen Bestrebungen der Franzosen, die auf die Errichtung eines geographischen Bundes auch vor Baden nicht halt machenden Absichten abstellen; glaubt das Stuttgarter Blatt, daß auch in Baden der Vereinigungsgedanke an Boden gewinne.

Herr Spang vor den Konsequenzen?

Die Badische Landwirtschaftskammer hat sich weder durch die robuste Natur des Herrn Spang noch durch dessen Beredsamkeit auf die kommende Beratung der Landwirtschaftskammer absprechen lassen, einen weiteren Vorstoß gegen den Agrarminister von Waldbreit zu unternehmen. In einer im Infanterienregiment einer Reihe Zeitungen veröffentlichten Erklärung der Badischen Landwirtschaftskammer wird die Handlungsmethode des Herrn Spang als „ein krasser Mißbrauch“ der ihm als Abgeordneten zustehenden Redefreiheit bezeichnet und erklärt, daß das Verhalten des Herrn Abgeordneten Spang „nicht mit dem eines Ehrenmannes für vereinbar“ zu halten sei. In einer in ähnlicher Form veröffentlichten Erklärung des Betriebsrates der Badischen Landwirtschaftskammer gibt dieser der Ansicht Ausdruck, „daß für derartige gewissenslose und feige Ehrabschneider kein Platz im Landtag sein sollte“.

Wenn Herr Spang selbst es vielleicht auch jetzt noch nicht für nötig finden sollte eine Klarstellung der Situation zu geben, so wird vielleicht doch die Fraktion des Zentrums des badischen Landtags im Interesse ihres Ansehens und vor allem der hohen Bedeutung der Immunität der Abgeordneten es für angebracht halten, die Dinge rasch klar zu stellen. Der „Badische Beobachter“ stellt bereits in Aussicht, daß Herr Abg. Spang nach einer wirklich sachlichen Auseinandersetzung bei Beratung der Landwirtschaftskammergebühren die Konsequenzen aus dem Ergebnis nach jeder Seite ziehen wird. Ob wohl der „Badische Beobachter“ des Herrn Spang so sicher ist und ob wohl die Landwirtschaftskammer Lust hat, den Vorwurf des Herrn Spang: „sie sei eine der größten Schiebergesellschaften Badens“, so lange auf sich sitzen zu lassen, ist eine andere Frage.

Aus dem Lande.

Mannheim, 23. Juni. In einem der letzten Vormittage drang ein ungefähr 40 bis 45jähriger noch unbekannter Mann in eine verschlossene Wohnung, überwältigte ein 18jähriges Mädchen, Inebelle und hand es Händen und Füßen an einen Bettsofa. Der Täter erbrach dann eine Kammode und einen Schrank, entwendete aber nichts.

Weinheim, 23. Juni. Im Obenwald bei Wahlen ist es zu einer förmlichen Heibelbeerjagd gekommen. Die Mannheimer u. Weinheimer Heibelbeerjäger wurden von der Einwohnerwehr des genannten Ortes mit Steinen beworfen; Revolvergeschosse wurden abgegeben. Dabei ist der Beerenreichtum so gewaltig, daß die Ortsbewohner gar nicht alles pflücken können.

„Heißer Saft Welt,
Gib mir auch 'nen Scheit.
Gibst du mir Leins,
So stehl' ich mir eins!“

Durch freiwillige Beiträge an brennbaren Stoffen kommt hier das Johannistfeuer zustande. In anderen süddeutschen Gegenden dürfen nur Unbefohlene und reine Jungfrauen zur Bergdrehung des Holzstokes beitragen, dies ist auch in österreichischen Gebirgsländern der Fall. Am Lech und an der Borch dürfen nur Kinder das notwendige Holz sammeln. Sie stimmen dabei folgenden Gesang an:

„Ist ein braver Herr im Haus,
Gibt er uns ein Scheit heraus,
Zwei Scheiter und zwei Fische,
Nacht es brennen und glöhen.“

In manchen Gegenden Süddeutschlands ist ein uralter Überglauben noch heute verbreitet. Von angeholten Holzschichten der Sonnenwende- und Johannistfeuer nimmt man Stücke mit nach Haus; sorgfältige Aufbewahrung dieser Holzstücke soll Blitz- und Feuersgefahr abwenden. Diese Überbleibsel werden sorgsam gehütet.

Bis auf vereinzelte Ausnahmen hat sich in norddeutschen Gegenden der Brauch des Entschens von Johannistfeuern nicht erhalten, sondern ist auf das Osterfest zurückgedrängt worden. In Süddeutschland ist aber ein allgemeines Abrennen der Johannistfeuer üblich. Offenbar, daß die schöne Sitte, die schon die Urbewohner unserer geliebten Gauen übten, auch in Norddeutschland wieder heimisch wird, und Bergesfeuer den Talbewohnern künden, daß die Sonne die Spinnen aller Kraft und alles Segens, ihren höchsten Lauf erreicht; die rasch fortschreitende Zeit wiederum zu friedlicher Ernte ruft, die der Blütenball uns Erdenbewohnern bereitet hat. Ein Dankesopfer an die Sonne, die große Schöpferin! —

Jugend und Sport.

A. Hochheim. Die Freie Turnerschaft feiert am 27. Juni ds. Js. ihr 20jähriges Bestehen. Trotz starker gegenwärtiger Bekämpfung können wir doch heute feststellen, daß der Verein sich zu einem ansehnlichen Glied in der Arbeiterbewegung entwickelt hat. Bedauerlich ist, daß noch ein großer Teil der stetigen organisierten Arbeiterkraft unserer Bewegung fernsteht bzw. sich in bürgerlichen Sportsvereinen befindet. Hier sollte der Hebel angelegt und durch intensive Aufklärungsarbeit diese Schäre ausgeweht werden, denn „der Feind, den wir am tiefsten hassen, das ist der Unverstand der Massen“. Würde auch nur ein Bruchteil der Zeit, die einem unfruchtlichen Bruderkampf und persönlicher Hebe verwendet wird, der Aufklärung der Jugend und gewidmet werden, wäre der modernen Arbeiterbewegung besser gedient. An die hiesige Einwohnerwehrschaft richten wir die Bitte, durch einen Massenbesuch unser 20jähriges Stiftungsfest zu einer würdigen Feier zu gestalten. (Näheres siehe Inserat.)

Fußball. Der ungarische Meister M. T. A. Budapest spielt heute abend 8 1/2 Uhr im Hofgarten wie bereits bekannt gegen K. G. Phönix. M. T. A. steigt am 21. Juni in Frankfurt a. M. gegen die bestbekannte Germania-Mannschaft, die zu diesem Spiel eigens verkehrt war, in überlegener Weise mit 6:0. In allen Sportkreisen besteht Hochspannung, wie Phönix gegen den ungarischen Meister abschneiden wird. Die Mannschaft des K. G. Phönix wird bekanntlich seit einigen Monaten durch einen früheren ungarischen Internationals trainiert. Die Erfolge, die dieses Training bis jetzt gezeigt haben sind gute und sieht zu hoffen, daß die Phönix-Mannschaft mit diesen Trefsen mit der anerkannt besten Continentalmannschaft ebenbürtig steht. Dem Spiel wird aus allen Kreisen reges Interesse entgegengebracht, da man überzeugt ist, daß M. T. A. ein Spiel vorführt, das als die höchste Vollendung in der Fußballkunst bezeichnet werden darf. Die Ungarn haben ihren berühmten Spieler Oth, der früher als Mittelstürmer tätig war, in dem Sturm vorgezogen, wodurch die an und für sich schon starke Stürmerreihe noch mehr an Durchschlagskraft gewonnen hat. Da ein Massenandrang zu erwarten ist, ist es empfehlenswert, möglichst frühzeitig sich Plätze zu sichern.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 23. Juni.

An die Jugend.

Wenn die Natur in vollem Schmucke prangt, dann sind die Tage gekommen, in denen die Jugendhergen sich hinauslehnen in Feld und Wald, in Luft und Sonnenschein. In dumpfen Werkstätten, in Fabriken und engen Geschäftsräumen bringt die Jugend des arbeitenden Volkes die Woche dahin. Wer wollte da von den Jugendlichen zurückdenken, wenn es heißt, eine Wanderfahrt mit Alters- und Arbeitsgenossen, Mädchen und Jungen, zu unternehmen, um für diesen Tag das Alltagsgeränge zu vergessen und den Sonntag in der schönen Natur zu verbringen. Kubelnd steigt die Lerche zum Himmelzelt und singt ein freies Lied; grüne Wiesen laden zum Ausruhen, zu Spiel und Tanz. Hier kann unser Auge und Herz die Wunder der Natur auf sich einwirken lassen. Wie groß und eindringlich spricht die Natur zu uns, Wirtschaft, Tanzboden oder andere leere Vergnügungen können und diese Erholung nicht ersetzen.

Jugend, wach auf! Saget euren Klassenossen, daß die zureichendsten Vergnügungsfreuden nicht von dauerndem Wert sind. Wer den Sonntag in der freien Natur zubrachte, wird sich in der kommenden Arbeitswoche frischer und wohler fühlen, als derjenige, der seine Erholung und Abwechslung auf dem Tanzboden suchte. Wir wollen die Jugend, nicht das Wirtschaftshaus mit all seinen körperlichen Schädigungen durch den Alkohol genossen. Nur in der Natur unter Gleichgesinnten werden Kämpfer ergötzen zur Arbeit am stolzen Bau des Sozialismus, dessen Ziel die Befreiung der Menschheit aus fernerlicher Sklaverei und geistlicher Enge ist. Dies ist unser Wille und Streben. Die sozialistische Bewegung braucht Kämpfer, die ihr Ziel befechtigen und im Interesse der breiten Masse die größten Opfer durch ihre Betätigung bringen. Arbeiterjugend, zaudere nicht! Wähle! Giehe in die Arbeiterjugendbewegung!

Ein Wagon brauner und gelber Schuhwaren.

Das Gewerkschaftskomitee teilt uns mit, daß es entsprechend der starken Nachfrage große Posten, insbesondere brauner und gelber Herren-, Damen- und Kinderstiefel erworben hat. Der Wagon trifft heute ein und wird zu Einheitspreisen an die Mitglieder und deren Familienangehörigen abgegeben. Die Schuhe sind guter Qualität und kann der Kauf nur bestens empfohlen werden. Verkaufsstelle vormittags 9 bis 1, nachmittags 3 bis 6 Uhr in der Stadt. Ausstellungshalle (nordöstlicher Eingang). Näheres siehe Inserat.

* **Kostlandsversorgung für Minderbemittelte:** Es sei hiermit auch an dieser Stelle auf das Inserat in der heutigen Nummer über Abgabe von Wäsche und Stiefel an Minderbemittelte hingewiesen.

* **Warnung vor unerlaubtem Verkehr zwischen Gläubigern und Schuldnern im Ausgleichsverfahren.** Obgleich der auf die Schuldentregung bezügliche Verkehr zwischen Gläubigern und Schuldnern verboten ist, wenn beide einem State angehören, der dem Ausgleichsverfahren beigetreten ist, und wenn der Verkehr dann nicht durch Vermittlung oder mit Zustimmung des Reichsausschusses erfolgt, sollen nach einer Mitteilung an die Reichszeitung „Tempo“, die in ihrer Nummer vom 6. Juni erschienen ist, französische Schuldner von deutschen Gläubigern die Aufforderung erhalten haben, unverzüglich direkt an diese zu gehen. Die französischen Schuldner, die derartige Aufforderungen von deutschen Gläubigern erhalten haben oder noch erhalten, werden vom „Tempo“ aufgefordert, dem Gericht sofort Anzeige zu erstatten. — Vor kurzem ist bereits unter Hinweis auf die Strafbestimmung im § 62 des Reichsausschusses, der sich auf die vorläufige Zwangsverwaltung gegen das Verbot des unerlaubten Verkehrs zwischen Gläubigern und Schuldnern bezieht, ausdrücklich hingewiesen worden. Angesichts der Veröffentlichung im „Tempo“ wird der solchem unerlaubten Verkehr ausdrücklich gewarnt und andererseits nochmals betont, daß dem Verkehr zwischen Gläubigern und Schuldnern durch Vermittlung oder mit Zustimmung des Reichsausschusses nicht entgegensteht, daß dieser Verkehr von Seiten des Reichsausschusses vielmehr tunclich erachtet wird.

* **Ja. Johannistfeier im Stadtgarten.** Wir machen nochmals auf die heute abend 8 1/2 Uhr im Stadtgarten stattfindende Johannistfeier aufmerksam, die sich wegen der Beliebigkeit des Festprogramms jedenfalls guten Besuches erfreuen dürfte. Das übliche Nachmittagskonzert fällt aus.

* **Vortrag Dr. Luitbe-München.** Der Vortrag des bekannten Vagantisten Prof. Dr. Luitbe-München über „Der neue Reichstag und die auswärtige Politik“ im Saal 3 der Brauerei Schreyer findet schon morgen Donners- tag abend 8 Uhr statt. Einberufen ist die Versammlung von der deutschen Friedensgesellschaft. Überall, wo der

berühmte Redner gesprochen, waren die Versammlungen überfüllt. Hoffentlich kann dasselbe auch von der Karlsruher Versammlung gesagt werden.

Vortrag Autenrieth über Stenographie ist auf Freitag, 16. Juli, verlegt.

Landestheater. Die laufende Woche bringt dem Karlsruher Theaterpublikum zwei Abschiedsvorstellungen beliebter Mitglieder. Donnerstag, den 24., wird sich im „Vorbier von Sebilla“ in der Titelpartie Herr Benno Fiegler, der ab Herbst dieses Jahres an die Staatsoper nach Berlin kommt, verabschieden. Freitag, den 25., findet nicht, wie bekannt gegeben, „Francis Billon“ statt, sondern Fräulein Friedrich, die nach vierjähriger Tätigkeit am hiesigen Theater ebenfalls nach Berlin geht, hat für ihren Abschied die Oper „Mignon“ gewählt, die an diesem Abend aufgeführt wird. Eintrittskarten, die für „Francis Billon“ gelöst wurden, und zu der geänderten Vorstellung nicht benutzt werden, sollen alsbald an der Kasse zurückgegeben werden.

Bruno Stürmer spricht Donnerstag, 24. ds. Mts., abends 8 Uhr, im Saale des Konfederalorchesters für Musik, Solfègestraße, über das Thema „Gute und schlechte Musik“. Die Konfederalfängerin Fräulein Elisabeth Friedberg wird Beispiele und Gegenbeispiele zu Gebote bringen. Es dürfte für jeden Musikfreund von Interesse sein, sich Redenshaft zu geben, worin die Qualitätsunterschiede bestehen, dieser Vortrag verdient daher den Besuch weiter Kreise unseres musikalischen Publikums. Karten im Vorverkauf bei Kurt Neufeldt, Wald- straße 30, sowie an der Abendkasse.

* **Diebstahl.** In einem Manufakturwarengeschäft auf der Kaiserstraße wurden am 14. Juni zwei Stück verädeltefarbigen Seidenbänder von 40 Meter Länge im Werte von 5000 M von unbekanntem Täter entwendet.

* **Todesfall infolge Genußes von Tollkirschen.** Eine acht Jahre alte Schülerin aus Nielingen wurde gestern nach dem Genuß von Tollkirschen in das städt. Krankenhaus eingeliefert, wo das Mädchen nach seiner Entfischung starb.

* **Fahrad Diebstahl.** In der Zeit vom 20.-22. Juni 1920 wurde aus einem Treppenhaus der Boosstraße ein Fahrrad im Werte von 1200 M von unbekanntem Täter entwendet.

Letzte Nachrichten.

Protest gegen den 10prozentigen Lohnabzug.

W.D. Gindenburg, 22. Juni. Gehaltliche Arbeitermassen aus dem Orte und dem Kreise Gindenburg durchgehen gegen Gindenburg. Sie begaben sich zur Interalliierten Kommission, um gegen den zehnprozentigen Lohnabzug zur Steuerzahlung zu protestieren. Eine Abordnung wurde von dem Interalliierten Kreis- kontrollleur empfangen. Dieser teilte mit, daß die interalliierte Kommission sich bereits wegen der Aufhebung des Lohnabzuges mit der deutschen Regierung in Verbindung gesetzt habe. Heute sollten in O p p e l n die Vertreter von General Veronde empfangen werden, um ihre Forderungen zu unterbreiten, die u. a. Lohnforderungen betreffen.

Die Straßburger Reichskonferenz.

Straßburg i. Elz, 22. Juni. Die im Friedenvertrag vorgesehene Reichskonferenz ist gestern zusammengetreten und hat zwei Sitzungen abgehalten. Den Vorsitz führte der frühere Minister Glavieck. Deutschland wurde durch 5 Delegierte und 6 Vertreter vertreten. Belgien, Italien und die Schweiz waren ebenfalls vertreten. Dagegen hatte Holland keinen Delegierten entsandt.

Die Landtagswahlen in Thüringen.

Weimar, 22. Juni. Bei den Wahlen zum Thüringer Landtag wurden nach den bisherigen Feststellungen abgegeben: für die Deutschnationalen 41 1/2, die D. Volkspartei 40 1/2, die Dem. 49 1/2, Landbund 92 7/8, M. S. 87 7/8, U. S. 159 1/2, Rom. 5808. Es fehlen noch die altenburgischen und die Stimmen Meiningenscher Landorte.

Wie schon die Landtagswahlen in Mecklenburg, so scheinen auch die Thüringer Landtagswahlen im Zeichen der Grenz- fterung der Wählermassen zu stehen. Von den größeren Parteien hat nur unsere Partei eine Zunahme zu verzeichnen. U. S. P., Kommunisten, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei haben teilweise erhebliche Einbußen erlitten. Der Wahlausfall an der Reichstagswahl, in den die extremen Parteien der Rechten und der Linken die Wählererschaft verlor hat, hat nicht lange nachgewirkt. Das Regierungschloß, das die Unabhängigen und die deutschen Volksparteiler angezogen haben, hat bei vielen Wählern dieser Parteien die Erkenntnis geweckt, daß mit den Methoden dieser Parteien dem deutschen Volke nicht zu helfen ist.

Die Berliner Gemeindevahlen.

Berlin, 22. Juni. (Brio-Teil.) Das endgültige Ergebnis der Berliner Wahlen liegt auch heute noch nicht vor. Immerhin darf man annehmen, daß der Stadteverordneten-Versammlung angehören werden 88 Unabhängige, 38 Reichssozialisten, 40 Deutsche Volksparteiler, 25 Deutschnationale, 16 Demokraten, 9 Reichsausschulische Vereinigung und 6 Zentrum. Es fehlen also 126 Mandate der beiden sozialdemokratischen Parteien 90 Vertreter der anderen Parteien gegenüber. Die Unabhängigen werden also Gelegenheit haben, ihr Verwaltungstalent zu zeigen. Ganz ge- heuer scheint es ihnen dabei nicht zu sein, denn die „Freiheit“ gibt sich alle Mühe, die bevorstehenden Aufgaben als so groß hin- zustellen, daß die Partei auf einen Mißerfolg von vornherein vor- bereitet erscheinen. Sie behauptet, daß die Unabhängigen in eine Stadigemeinde kämen, die durch die Knappheit der bürgerlichen Massen verwüstet worden sei, es werde Schwierigkeiten über Schwierigkeiten geben. Der Erfolg aller Arbeit werde abhängen von dem Grad, wie die Reichssozialisten ihre Politik in der Gemeindevahlen einrichteten, das heißt: die Unabhängigen werden von den Reichssozialisten rückhaltlose Gefolgschaft verlangen und anderenfalls ihnen die Verantwortung für die Nichterfüllung des kommunalen Paradieses in Berlin zuschreiben.

Die Transportarbeiter und der Krieg.

W.D. Amsterdam, 22. Juni. Der Vollausschuß des Internationalen Transportarbeiterverbandes hat an die Transportarbeiter- und Eisenbahnerorganisationen aller Länder eine Mitteilung gerichtet, worin sie unter Hinweis auf die von dem Kongresse in Antwerpen angenommenen Resolutionen gegen Krieg, Militarismus und Kapitalismus aufgefordert werden, über folgende zwei Punkte Bericht zu erstatten: 1. Ob die Organisationen bereits sind, die in den Resolutionen niedergelegten Gedanken und Forderungen zu propagieren, 2. ob sie bereit sind, im Falle eines drohenden Krieges einem eventl. Aufruf des Generalkongresses des internationalen Transportarbeiterverbandes zum Generallstreik in allen Transportbetrieben Folge zu leisten.



**Damen-
LODEN- UND WETTER-MÄNTEL
Herren-
GUMMI-MÄNTEL**

Sporthaus Freundlieb, Karlsruhe, Kaiserstr. 185
Preisliste über Sportausstattung gratis.

Kleine Nachrichten.

Berlin. Wie die Abendblätter melden, hat der Landarbeiterkongress in Pommern weiter an Ausdehnung zugenommen und teilweise sich in schärferen Formen geäußert.

Amsterdam. Wie aus Genlo gemeldet wird, führte ein Flugzeug, das Hellamebilette ausreute, auf das Dach eines Hauses ab. Die Passagiere, zwei Herren und eine Dame wurden geschmettert. Das Flugzeug ist vollständig zerbrochen.

London. Das „Daily Express“ sagt, daß das Kabinett beschlossen habe, nach vier Jahren in Mesopotamien ein großes Königreich zu errichten. Bis dahin werde das Land mit britischen Garnisonen besetzt und eine Armee und Polizeitruppen aus Eingeborenen organisiert werden.

Kiew. Am Montag fielen die Preise auf dem Sammelmarkt um 15 bis 100 Punkte.

Wien. Am Sonntag gegen Ungarn meldet die „Arbeiterzeitung“ die völlige Einstellung des Nachrichten- und Güterverkehrs, abgesehen von Liebesgaben und einem gestern von Beamten nach Ungarn gebrachten Güterzug. Nach bürgerlichen Wählern herrscht infolge der Stellungnahme der deutschnationalen Beamten und der Arbeiter gegen den Woyt keine Einseitigkeit.

Wien. Auf dem Ostbahnhof ist außer dem Güterverkehr nunmehr auch der Personenverkehr eingestellt worden. Nur Arbeiterzüge verkehren noch. Ruhe und Ordnung sind bisher nirgends gestört worden. Es verlautet, daß am 24. Juni die Arbeit allgemein aufgenommen wird.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Böhlerthal. Anonymes können wir nicht berücksichtigen. Wir möchten Sie aber darauf aufmerksam machen, daß es ein Fehler und ein Irrtum von Ihnen ist, unsere Genossen in der Regierung und im Parlament für alles verantwortlich machen zu wollen, obgleich es doch nun allmählich überall bekannt sein dürfte, daß die Sozialdemokratie in der Nationalversammlung wie auch im böhmisches Landtag in der Minderheit ist. Die Kritik, die Sie üben, haben wir übrigens schon wiederholt in unserem Blatte geübt.

Welta-Vericht vom 22. Juni.

Die Welt notierte heute in der Schweiz ca. 15.— Auszahlung Holland notierte 13.14 M per Hl., Schwiz 8.70 M per Schw. Fr., England 147 M per Pf. Sterling, Frankreich 2.07 M per frz. Fr., Rußland 20.00 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 23. Juni 1920.

Mit der erfolgten weiteren Ausbreitung und gleichzeitigen Verstärkung des hohen Druckes ist seit gestern wieder heiteres und trockenes Wetter eingetreten. Die Temperaturen erhoben sich in der Höhe auf 23 Grad; sie werden heute noch höhere Werte erreichen.

Voraussichtliche Witterung bis Mittwoch den 24. Juni nachts: Weiterhin heiter, trocken, tagsüber sehr warm.

Wassercostand des Rheins.

Schutterinsel 250, gef. 28; Rühl 211, gef. 8; Magau 220, gef. 8; Rannheim 139, gef. 9 Zentimeter.

Schrittsetzung: Weers Schöpflin, Verantwortlich: für Artikel, Redigiert: Heberich und Letzte Nachrichten Hermann Nabel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindevolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Heilbronner Germania Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil: Gustav Kasper, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. Abt. 1. Abt. Betriebs-Objekte. Am Donnerstag, 24. Juni, nachm. 2 Uhr, findet eine Sitzung des Zentralrates im Sitzungssaal der Hauptwerkstätte statt. Tagesordnung im Anhang. Der Wichtigkeit halber ist das Erscheinen aller notwendig. 4140

Karlsruhe. (Arbeiter-Modelfabrikanten Solidarität.) Die für heute angelegte Abendsausfahrt findet umständehalber erst am nächsten Mittwoch, den 30. Juni, statt. 4161

Sie Deine Gutes-Spende für die Volksabstimmung dem Deutschen Schulbund Annahmestelle: Volksfreund, Luisenstr. 24.

Elegante, gute und billige Schuhwaren!

Heute trifft wieder ein Waggon Herren-, Damen- und Kinderstiefel ein; wir empfehlen

- la Herrenstiefel, jedes Paar schwarz oder farbig Mk. 160
la schwarze Frauenstiefel mit hohen oder niederen Absätzen . . . jedes Paar Mk. 120
la braune und gelbe Damenstiefel, hochelegant zu Mk. 160
la Mädchenstiefel . . . zu Mk. 75 u. 85
la Kinderstiefel in allen Farben . . . zu Mk. 35
la schwarze Schnür- oder Spangenschuhe jedes Paar Mk. 95
la farbige Schnür- oder Spangenschuhe jedes Paar Mk. 115

Verkaufszeit vormittags 9 bis 1 Uhr, nachmittags 3 bis 6 Uhr in der Städtischen Ausstellungshalle.

Gewerkschaftskartell Karlsruhe.

Vortrag Autenrieth über Stenographie

verlegt auf Freitag, den 16. Juli 1920. Goldste Karten behalten ihre Gültigkeit! Neuer Anfängerkurs: Unterrichtsstunde nur Mittwoch abend 7-9 Uhr, Honorar Mk. 25.— monatlich, beginnt am Mittwoch, den 30. Juni, Oberrealschule, Karlsruhe, Kaiser-Allee 6, 2. Stock, Zimmer Nr. 24. Anmeldungen können dortselbst erfolgen. 4160

Durlacher Anzeigen.

Ausgabe der Scheine für den Brot- und Mehlbezug, sowie der Voll- u. Magermilchmarken.

Die Ausgabe der Scheine zum Brot- und Mehlbezug für die Zeit vom 26. Juni bis zum 26. Juli ds. Js., sowie der Magermilchmarken für die Monate Juli/August und der Vollmilchmarken für den Monat Juli ds. Js. erfolgt am 24. und 25. Juni ds. Js. in folgender Weise: am Donnerstag, den 24. ds. Mts., vormittags von 9-1 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben A bis mit F, nachmittags von 3-7 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben G, H und K; am Freitag, den 25. ds. Mts., vormittags von 9-1 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben J, L bis mit R und Z, nachmittags von 3-7 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben S, Sch bis mit W. Jede Familie hat zwecks Empfangnahme neuer Scheine den Lebensmittelausweis mitzuführen. Im Interesse einer ordnungsgemäßen Abwicklung der Geschäfte ist es unbedingt erforderlich, daß die Familien zu der für den betreffenden Buchstaben bestimmten Zeit erscheinen.

Wer die ihm zustehenden Scheine am Ausgabestage nicht abholt, bekommt bei späterer Abgabe eine entsprechende Anzahl Brotmarken abgezogen.

Für verlorene gegangene oder zu früh verbrauchte Scheine wird kein Ersatz oder Zusatz gewährt.

Durlach, den 22. Juni 1920. 1767

Kommunalverband Durlach-Stadt.

Kindertwagen, Gelegenheitskaffee, Hochzeitsanzug

Hochzeitsanzug: tadellos erh. gr. Figur, Schwärze, Braut, Jackett, versch. Accessoires, feine grüne Reithose, einzelne Westen, Hemden, Kragen und Gelecke, Hosen, und Mts. Mäntel, Hüte, Reithosen, weiche Schuhe und Cylinder, all. 55, Spornhosen, mod. Strohhut, 60, getr. D. u. S. Stiefel u. Schuhe, von 20-60 Mts., Hochzeits- u. Led. Schmalzschuhen billig abzugeben bei 416

Säfer

von 20-100 Liter, für Wein und Woll, gibt ab nachmittags von 4-6 Uhr

Scherer

Weingroßhandlung Durlach, Griesnerstraße 4.

Johannisbeer

abzugeben. R. Erhardt, Eisingen, Hauptstraße 46, 3. St.

Raucherbank!

Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung verblühend. Auskunft umsonst. Insignat Engelbrecht, Wacker 5, 2. Kasse, 9

Zeit-Verforgung.

Für die laufende Woche wird in den höchsten Preisverkaufsstellen 125 Gramm Auslanderszeit auf die Marke Nr. 80 abgegeben. Preis für 125 Gramm 8.75 M.

Das Zeit ist vom Mittwoch ab in den betr. Geschäften erhältlich. Durlach, den 22. Juni 1920. 1768

Lebensmittel-Verforgung

Vom Freitag, den 25. ds. Mts. ab können in den höchsten Geschäften zur Ausgabe: Del pro Kopf 1/4 Liter zu 5.40 M, Eierfleisch 1/4 Pfund zu 7.50 M, Reis 1/4 Pfund zu 1.20 M. Durlach, den 22. Juni 1920. 1769

Kommunalverband Durlach-Stadt.

Sommer-Kleidung

- Wash-Unterröcke schöne Streifenmuster 10.00
Wash-Blusen gestreift, reiz. Form . . . 13.00
Wash-Blusen weiss, mit Plissee-Jabot . . 20.00
Wash-Blusen Voll-Volle, schöne Muster . 49.00
Sport-Jacken blau, gold, für weisse Kleider 65.00
Morgenshorder Crepon, sehr hübsche Formen und Farben . . . 65.00
Waschkleider weiss, jugendl. Machart . . 80.00

Regenmäntel

Impregn., moderne Fassons, verschiedene Farben Mk. 195.— 265.— 390.—

Mädchen-Kleider

verschiedene Größen weiss und farbig 9.75 16.75 28.50 39.00

Hermann 4159

Tietz

Karlsruhe.

Bruchtaler Anzeigen.

Städtischer Verkauf.

Hefe, am Donnerstag, den 24. Juni d. J. bei Nacht, 600 Durlacher- und Mitterbacher, auf die Festmark 1 je 60 Gramm zu 1.— M an den Buchstaben S (ausgenommen Sch und St), Ausweisarten vorgezeigt! Butter für Kranke, werdende und stillende Mütter, auf die Marke 8 am Samstag, den 26. ds. Mts., bei Häfner, 600 Städt. Graben- und Orbinstraße, 1/4 Pfund zu 4.— M. Die Marke 8 wird nur an diesem Tage beliefert. Auslandsbeler für Kranke, werdende u. stillende Mütter, bei Häfner, das Stück zu 2,10 M.

Fleisch für Kranke, am Samstag, den 26. ds. Mts., bei Wurstfabrikant Vanscher, Corned beef das Pfd. zu 10.— M. Amerikanischer Speck, am Samstag, den 26. Juni ds. J., bei allen Metzgermeistern, 125 Gramm zu 2.50 M, gegen die Fleischmarken der dritten Woche.

Fett, am Samstag, den 26. ds. Mts., bei allen Metzgermeistern und dem Konsumverein, 125 Gramm zum Preise von 3.— M, auf die abgegebene Fettmarkte 4. Englische Gesellschaften, jeweils Mittwoch und Sonntags bei Wurstfabrikant Tröbeler, eine Dose zu 7.50 M. Kondensmilch, bei den Milchensgabefellen in der Zeit vom 23. Juni bis einschl. 3. Juli ds. Js., gegen die Marke 163 eine Dose zu 7.80 M.

Bei den Kolonialwarenhandlern und dem Konsumverein: Gasterlösen, gegen die Marke 164 1 Pfund zu 2.70 M. Oliven, gegen die Marke 165 1/4 Pfd. zu 1.25 M. Erdbeeren, gegen die Marke 166 1 Pfd. zu 3.80 M. Nüssen, gegen die Marke 167 1 Pfd. zu 3.80 M. Nüssen, gegen die Marke 168 1 Stck. zu 1.10 M. Spießel, auf die Ausweisarten 1/4 Liter zu 3.— M, solange Vorrat. Süßholz, bei den Apothekern und Drogerien 1 Pfd. zu 50 M gegen die Marke 169. Durlach, den 23. Juni 1920. 1771

Offenburger Anzeigen.

Verlegung der Bürgerauschubstiftung.

Die auf Montag den 28. ds. Mts. anberaumte Sitzung des Bürgerauschusses wird auf Mittwoch, den 30. d. M., nachmittags 3 Uhr, verlegt. Offenburg, den 23. Juni 1920. 1761

Anban- und Ernteflächenenerhebung betr.

Die Erklärungen über die Getreide- und Kartoffelbauflächen sind vom 21. bis einschl. 26. ds. Mts. während der üblichen Bürozeiten auf dem Rathaus, Zimmer 7, zur allgemeinen Einsicht aufgelegt. Die Interessenten werden aufgefordert, von dem Recht der Einsichtnahme Gebrauch zu machen. Offenburg, den 19. Juni 1920. 1762

Ausgabe von Einmachgläsern für die Kinder bis 2 Jahre.

Gegen Vorzeigung der Kinder-Ausweisarten können auf dem städt. Lebensmittelamt, Zimmer Nr. 8, Karten für Einmachgläser in Empfang genommen werden und zwar: Donnerstag, den 24. Juni Ausweis Nr. 1-600, Freitag, den 25. Juni Ausweis Nr. 601-1200. Die übrigen Nummern werden später aufgegeben. Städt. Lebensmittelamt. 1764

Frau M. Eisenhardt
Karlsruhe
Kaiserstr. Ecke Adlerstr.

STÄNDIG GROSSES LAGER
IN
**Kleidern
Kostümen
Mänteln
Röcken
Blusen**

GUTE STOFFE
VORTEILHAFTEN PREISEN

Die Bauarbeiter-Genossenschaft „Selbsthilfe“

empfiehlt sich zur
Übernahme und Ausführung von Bauarbeiten aller Art
Reparaturen, Umbauten etc., bei billigster Berechnung.

Büro: Wilhelmstr. 47 II. — Telephon 2300.

RESI
Residenz-Lichtspiele
vom 23. bis 25. Juni 1920
Waldstraße 30

Die drei Tänze der Mary Wilford.
Der führende Film der Saison.
Ein Abenteuerfilm in sechs Akten mit
Erika Glässner
und
Friedrich Fehér.

Dem Glück entgegen
Ein Filmroman in vier Akten mit
Hilde Wolter.

Schillerstr. 22
Eine unbedeutende Frau
Filmroman in fünf Akten von
W. Heimbürg.

Liebesleid der Fürstin Caesare Torelli
Drama in vier Akten.
Friedrich Zelnik
in der Hauptrolle.

Liebe mit Hindernissen.
Köstliches Lustspiel.

Kaiserstraße 5
Das Tor der Sühne
Drama in vier Akten.
Bruno Eichgrün in seiner Doppelrolle als Harry Key und William Horst.
Ende September.

Durch ein Luftschiff gerettet.
Drama in drei Akten.

Zu was Höherem geboren.
Lustspiel in zwei Akten.

Freie Turnerschaft Forstheim.
Sonntag, den 27. Juni feiert der Verein sein
20 jähriges Stiftungsfest.

Nachmittags 2 Uhr:
Aufstellung des Festzuges beim Gasthaus a. Postbahn und Umzug nach dem Festplatz. Dasselbst Freiübungen der Turner u. Schüler und Geräteturnen.
Sportliche und gelungene Mitwirkung des hiesigen Arbeitergesangsvereins „Freiheit“, des Arbeiter-Radfahrervereins und auswärtiger Brudervereine.

Konzert
des hiesigen Musikvereins.
Volksebelustigungen

Abends 7/8 Uhr **Fest-Ball.**

NB. Die Veranstaltung findet nur bei gütlicher Zustimmung statt, andernfalls am nächstfolgenden Sonntag.
Der Vorstand.

Achtung Bäckergehilfen!
Am Donnerstag, den 24. Juni, abends 8 Uhr, findet im Saale zum „Weißen Löwen“, Kaiserstraße, eine
Oeffentliche Bäcker-Versammlung
statt.

Tagesordnung:
1. Was lehren uns die Beschlüsse der Bäckermeisterverbände?
2. Freie Aussprache.

Kollegen, erscheint vollständig in dieser wichtigen Versammlung und erhebt stammenden Protest gegen diese Schmarbenerpläne.

Zentral-Verband der Bäcker, Konditoren u. verw. Berufsgen.
Mitgliedschaft Karlsruhe.

Badisches Landestheater.
Mittwoch, den 23. Juni 1920 1770
Der Leibgardist
Komödie in 3 Aufzügen von Franz Molnar.
Anfang 7 Uhr (M. 9.30) Ende 9/4 Uhr.

Sozialdem. Verein Wolfartsweier.

Todesanzeige.
Unsern Mitgliebrern zur Kenntnis, daß heute Mittag infolge eines Unfalles, unser junger Parteigenosse
Gustav Supper
verstorben ist. 4156
Die Beerdigung findet am Mittwoch statt. Um zahlreiche Beteiligung bitten
Der Vorstand.

Stadtgarten Karlsruhe.
Mittwoch, den 23. Juni 1920,
abends von 7/8 Uhr ab

Johannis-Feier.

Doppel-Konzert
ausgeführt von dem Musikverein Harmonie
Leitung: Herr Hugo Rudolph und dem
Musikverein Karlsruhe (Gewerkschafts-Orchester)
Leitung: Herr Eugen Leonhardt.

Serenade
ausgeführt von der Karlsruher
Blasorchester-Gesellschaft.
Leitung: Herr Georg H. m. u.

Feuerwerk
ausgeführt von Herrn Feuerwerkmeister
Wilh. Fischer aus Gleibrunn.

Am Schluß **Johannis-Feier am dem See**
Bengalische Beleuchtung.

Eintritt:
Inhaber von Stadtgartenjahreskarten 1.50 M.
Sonstige Personen 2.50 M.
Kinder unter 10 Jahren jeweils die Hälfte.
Programm 30 Pfennig.

Die Eintrittskarten berechnen nur zum einmaligen Eintritt.
Die Abonnementskarte ist mit der Eintrittskarte verknüpft.
Der Tiergarten wird um 10 Uhr abgeperrt.
Verkaufsstellen (von Montag, den 21. ds. Mts. ab) bei:
West. Zigarrengeschäft, Kaiserstraße 118,
Bronner, Stadtgarteneinnehmer,
Doert, Musikalienhandlung, Kaiserstraße 158,
Nägele, Zigarrengeschäft, Kaiserstraße 51,
Freundlieb, Sportgeschäft, Kaiserstraße 185,
Seller, Zigarrengeschäft, Kaiserstraße 179,
Holschuh, Kaufmann, Weberstraße 48,
Knaus Gebr., Papierhandlung, Kaiserstr. 63,
Mühler, Zigarrengeschäft, Durlacher Allee 4,
Rehle, Zigarrengeschäft, Marktplatz,
Morlok G. m. b. H., Zigarrengeschäft, Kaiserstraße 75,
Müller, Musikalienhandlung, Kaiserstraße 124a,
Neufeldt, Musikalienhandlung, Waldstraße 39,
Nennen, Zigarrengeschäft, Philippstraße 1,
Seemuth, Stadtgarteneinnehmer,
Süddeutsches Zigarrenhaus, Ecke Kaiser- und Herrenstraße,
Tafel, Musikalienhandlung, Kaiserstraße 82a.

Außerdem sind am Tage der Veranstaltung Karten von abends 6 Uhr ab auch am Eingang neben dem Verwaltungsgesetzgebäude des Gartens (Ettlingerstraße 8) erhältlich. 1713
Bei schönem Wetter wird die Feier auf Donnerstag, den 24. 6. 20, abends 7/8 Uhr verlegt.
Karlsruhe, den 17. Juni 1920.
Die Stadtgartenkommission.

Öffentl. Versammlung
Donnerstag, 24. Juni, abends 8 Uhr
spricht im **Saal III der Brauerei Schrempf** (Waldstraße)
Professor Dr. Quidde aus München
über:
„Der neue Reichstag und die auswärtige Politik“.
Freie Aussprache.
Jedermann ist eingeladen :: Eintritt 1 Mk. zur Deckung der Unkosten.
Deutsche Friedensgesellschaft :-: Ortsgruppe Karlsruhe.

ODEON-MUSIKHAUS KARLSRUHE

Städt. Fischhalle
hinter dem Bierordtbad.
Große Zufuhren frischer Seefische
in bekannt guter Qualität!

Verkauf am Mittwoch und Donnerstag von 8-12 Uhr vorm. und 2-5 Uhr nachm.

Preise:
Schellfische, Seelachs, Rabliau und Seeaal das Pfund Mk. 3.-
Rotbarsch „ „ „ „ 2.50
Seehecht „ „ „ „ 3.50
Anschutte (Halsfische) „ „ 1.20
Packmaterial mitbringen. 1757

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Arbeiterinnen
die schon an Maschinen arbeiteten, stellt ein
Metallindustrie G. m. b. H.
Bühl (Baden). 4147

Preisabschlag! 4146
Ich berechne für erstklass. Besohlen a. gar. Ia Kernleder (kein Abfall oder Altleder):
Besohlen mit Stiel 45-48 M.
Besohlen „ „ 38-40 M.
Besohlen „ „ 24-28 M.
Hans Bauer, Schuhmach., Seidenstr. 16, IV.

Volksschauspiel Oettingheim (bei Rastatt)
Wilhelm Tell
Aufführung: Am 29. Juni (Peter und Paul) sowie jeden Sonntag bis Ende September.
Anfang 2/4 Uhr. Ende 1/27 Uhr.

Preise der Plätze: Stehplatz 1.50
Sitzplatz 2, 3, 4, 5 und 7 Mark.

Vorverkauf: Oettingheim, Theater-Kasse. — Telephon Nr. 61, Rastatt.
Karlsruhe: Herdersche Verlagsbuchhandlung, Telephon Nr. 1286.
Zeitungskiosk beim Hotel Germania und am Mühlburgerort.
Zugverkehr nach Fahrplan.

Daniels 4154
Konfektionshaus
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Vollekleider
in weiß u. farbige Mk. 135.00 an
Washblusen 28.00 an
Kinderkleider 14.00 an

Paucherdank!
Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung vorbildend. Auskunft umsonst. 1796
Versandhaus Urania
München R., 59, Waltherstr. 33.

Rastatt. Rastatt.
Verkauf von **Alt- u. Möbel**
Besichtigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Karl Rauch,
Dreherstr. 3. Dreherstr. 3.

Galerie Moos
Kaiserstr. 187, 189
1.-30. Juni 1920
Adolf Luntz
H. Kupferschmid

Welt-Kino
Telephon 5448 Kaiserstrasse 133
Nur 3 Tage!
Mittwoch — Donnerstag — Freitag.
Das sensationelle aufsehenerregende
Filmwerk aus der Meisterserie
Geübte Fäustengräber
Kronprinz Rudolf
Das Geheimnis von Mayerling
fünf Akte.
Der Verfasser, Spielleiter und Hauptdarsteller **Rolf Kaudell** hat verschiedene Episoden aus dem Leben Kronprinz Rudolf sowie sein tragisches Ende, das Drama von Mayerling, zu einem eindrucksvollen Ganzen gebunden und ein spannendes Meisterwerk geschrieben.
Thea Sandten als Komtesse Mary steht ihm ebedürftig zur Seite und weiset mit starken Mitteln für den Erfolg des Films zu wirken.
Sowie das Sensations-Abenteuer
Die Flucht in den Tod
Spannend vom Anfang bis zum Ende.
Original-Amerikaner. 4154